

DGB

Geschäftsbericht 2014-2017

tarifgebunden

mitbestimmt

solidarisch



DGB-Bezirk

Hessen-Thüringen

hessen-thueringen.dgb.de

Impressum

DGB-Bezirk Hessen-Thüringen
Wilhelm-Leuschner-Str. 69-77
60329 Frankfurt/Main

www.hessen-thueringen.dgb.de

Verantwortlich: Gabriele Kailing

Redaktion: Alexandre da Silva, Jasmin Romfeld, Carina Polaschek, Solveig Kollar-Eggert

Texte: Brigitte Baki, Eric Baumann, Liv Dizinger, Kai Eicker-Wolf, Ulrike Eifler, Phillip Jacks, Matthias Körner, Renate Licht, Helena Müller, Jürgen Planert, Jasmin Romfeld, Michael Rudolph, Klaus Schüller, Alexandre da Silva, Petra Vogel-Huff, Fabian Wagner.

Gestaltung: Andreas Kowarschik, Thomas Wiszinski, www.part.berlin

Druck: APM Medien AG, Darmstadt

Bildnachweis: DGB-Bezirk Hessen-Thüringen

November 2017

Inhalt

Totenehrung	4
Vorwort	6
Gabriele Kailing	10
Sandro Witt	11
Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik	12
Handlungsfähiger Staat	20
Wirtschafts- und Strukturpolitik	26
Bildung und Ausbildung	34
Handwerk	38
Kirchen und soziale Bewegungen	42
Demokratie und gesellschaftlicher Zusammenhalt	46
Europapolitik und Internationales	54
Gleichstellungspolitik	60
Jugend	66
Senioren	72
DGB Intern	76
Stadt- und Kreisverbände	78
Personalentwicklung	79
Gewerkschaftliche Einrichtungen	80
Bezirksvorstand	84
Mitgliederentwicklung	84
Finanzen	85
Bericht der Revisionskommission	86
Erledigungsvermerke zu den Anträgen der DGB Bezirkskonferenz 2014	88

„Die Dahingegangenen bleiben mit dem Wesentlichen, womit sie auf uns gewirkt haben,
mit uns lebendig, solange wir leben.“

Hermann Hesse

Gert Lütgert
Dr. Michael Ehrke
Berthold Goergens
Manfred Kiesewetter
Werner Holzwarth

Vorwort

Vorwort

Das Motto der Bezirkskonferenz 2017 greift das Schwerpunktthema „Stärkung der Tarifbindung und der betrieblichen Mitbestimmung“ auf und es macht deutlich, dass wir nur gemeinsam und solidarisch eine Chance haben, die großen gewerkschaftspolitischen Themen anpacken und zu einem guten Ergebnis führen zu können.

Betriebliche Mitbestimmung und Tarifbindung sind branchenübergreifend seit vielen Jahren unter Druck. Für eine starke betriebliche Gewerkschaftsbewegung sind sie unerlässlich, ebenso wie sie ein stabilisierender Faktor für unser Arbeits- und Wirtschaftsleben und Garanten für eine mitbestimmte demokratische Gesellschaft sind.

Der Rückgang der Tarifbindung der Betriebe und die Ausbreitung mitbestimmungsfreier Zonen bedroht die Gestaltungsmacht der Tarifvertragspartner und führt zu demokratiefreien Zonen im Arbeitsleben. Insbesondere der nachgewiesene Zusammenhang zwischen einer abnehmenden Tarifbindung der Betriebe und einem Rückgang von Mitbestimmungsgremien in den betroffenen Unternehmen ist hier auffällig. Diese Entwicklung befördert eine betriebliche Entdemokratisierung, aus dessen Folge heraus sich ein Prozess entwickelt, der ein Übergreifen auf die Wirtschaft und die Gesellschaft befürchten lässt. Das sind komplexe, strategische gesellschaftliche Entwicklungen, die nicht einfach und kurzfristig beeinflusst werden können und die auch nicht ausschließlich auf die betrieblichen oder branchenspezifischen Ebenen reduziert werden dürfen.

Es sind daher keine isolierten Themen der eigentlichen Tarifpartner und somit unserer Mitgliedsgewerkschaften. Die Zukunftsfähigkeit von Tarifbindung und betrieblicher Mitbestimmung sind eine gesellschaftliche Notwendigkeit und damit eine zentrale, langfristige Aufgabe des DGB. Das Eintreten für eine gesellschaftliche Wende, für ein nachhaltiges Konzept von Mitbestimmung und Tarifbindung in einer zukunftsfähigen Form ist eine intensive und über Kampagnen hinweg herausfordernde Aufgabe. Die Themen „Stärkung der Tarifbindung und der betrieblichen Mitbestimmung“ sind im Bezirk Hessen-Thüringen seit 2016 politische Schwerpunktthemen.

Der Bericht

Der vorliegende Geschäftsbericht umfasst den Berichtszeitraum von 2014 bis 2017. Er ist eine Gemeinschaftsarbeit und repräsentiert alle im Bezirk vorhandenen Arbeitsbereiche und politischen Schwerpunkte und stellt die inhaltliche und politische Arbeit des Bezirks und seiner Regionen dar.

Politische Anforderungen an die Parteien

Im Berichtszeitraum lagen die Landtagswahl in Thüringen, die Kommunalwahlen in Hessen und die Wahl zum Deutschen Bundestag.

Der DGB-Bezirk hat sich zu allen Wahlen politisch positioniert und seine gewerkschaftspolitischen Positionen als Anforderungen an die Parteien gerichtet. In vielzähligen Veranstaltungen auf allen Ebenen haben wir unsere Themen und Forderungen in den Mittelpunkt gestellt und mit Vertreterinnen und Vertretern der Parteien diskutiert und unsere Inhalte gesetzt.

Ein besonderer Dank gilt unseren ehrenamtlichen Kolleginnen und Kollegen in den Kreis- und Stadtverbänden, die den Aktionen und Veranstaltungen mit Kreativität und politischem Standing ein Gesicht gegeben haben.

Gute Arbeit und Ausbildung

Im Berichtszeitraum wurden zu unserem Kernthema Gute Arbeit und Ausbildung Anforderungen und Positionen entwickelt und politische Allianzen und Bündnisse gebildet.

Mit dem Bündnis für Ausbildung in Hessen und der Allianz für Berufsbildung und Fachkräfteentwicklung in Thüringen wurden erstmalig klare und harte Kriterien aufgenommen, an denen sich messbar nachbilden lässt, welche Fortschritte gemacht wurden bzw. wo es noch klar Nachholbedarfe gibt. 2016 wurde das Bündnis um die Integration von jungen Geflüchteten in den Ausbildungsmarkt erweitert.

Zu Guter Arbeit gehört auch eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, der die Thüringer Allianz für Familie und Beruf im Besonderen Rechnung trägt.

Ein bedeutender Erfolg für eine höhere Durchlässigkeit zwischen der beruflichen und der akademischen Bildung konnte in Hessen mit der Einführung eines Hochschulzugangs für Fachkräfte mit mittlerem Schulabschluss und einer dreijährig anerkannten Berufsausbildung erzielt werden. Dieser Pionieransatz ist ein wichtiger Schritt für die Gleichwertigkeit von beruflicher und schulischer Bildung.

Die Digitalisierung verändert die Arbeitswelt nachhaltig. Das gilt sowohl für den Dienstleistungsbereich als auch für das Handwerk und die Industrie. Damit die Chancen zunehmender Flexibilität überwiegen, müssen Mitbestimmung, Tarifbindung und soziale Sicherung ausgeweitet werden. Keinesfalls darf dieser Prozess

zur Aufweichung von Schutzfunktionen führen, wie beispielsweise das Arbeitszeitgesetzes und tarifliche Regelungen. Im Bezirk wurde dafür ein Positionspapier „Digitalisierung der Arbeitswelt: Für Gute Arbeit 4.0 in Hessen und Thüringen“ erarbeitet, das das gesamte Spektrum der Arbeitswelt umfasst.

Öffentlicher Dienst und öffentliche Haushalte

Seit mehr als einem Jahrzehnt wird in Bund, Ländern und Kommunen an notwendigen Investitionen in der öffentlichen Infrastruktur gespart. Diese Sparmaßnahmen haben zu einer dramatischen Unterfinanzierung der Kommunen geführt und diese gezwungen Gebühren und Abgaben zu erhöhen sowie sportliche und kulturelle Einrichtungen zu schließen. Marode Straßen, baufällige Schulen, gesperrte Brücken und kaum noch bezahlbare Wohnungen für Gering- und Normalverdienende sind das sichtbare Ergebnis dieser verfehlten Politik.

Am Rand des Unerträglichen befinden sich mittlerweile die Beschäftigten im öffentlichen Dienst durch personelle Unterbesetzungen und hohe Krankenstände beispielsweise bei den Feuerwehren, im Polizeidienst, in den Kindertagesstätten und Schulen und im Gesundheitswesen. Als besonders hart und geringschätzend haben die hessischen Beamtinnen und Beamten daher die Besoldungspolitik des Landes empfunden, die ihnen 2015 eine Nullrunde verordnete und ihnen im darauffolgenden Jahr nur einen geringfügigen Teil des Tarifergebnisses im öffentlichen Dienst genehmigte.

Wir fordern einen Kurswechsel in der Rentenpolitik

Von der gesetzlichen Rente können immer weniger Beschäftigte trotz jahrzehntelanger Arbeit leben. Der DGB hat daher im September 2016 eine Rentenkampagne gestartet mit dem Ziel, das derzeitige Rentenniveau von ca. 48 Prozent zu stabilisieren und in weiteren Schritten auf etwa 50 Prozent anzuheben. Darüber hinaus müssen Instrumente der Armutsbekämpfung in die gesetzliche Rentenversicherung integriert werden. Wir haben rund 13 Millionen Menschen in unserem Land, die von Niedriglohn und prekärer Beschäftigung betroffen sind. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die im Niedriglohn arbeiten, in Beschäftigungsverhältnissen wie Leiharbeit, Werkvertrag, Minijobs, sachgrundlosen Befristungen und Teilzeit verharren, droht Altersarmut, wenn heute nicht gegengesteuert wird. Altersvorsorge wird neben einer flächendeckenden tarifpolitischen und gerechten steuerpolitischen Verteilung weiterhin eines der drängenden Aufgaben unserer zukünftigen Arbeit sein.

Vielen Dank an Euch

Wir haben viel erreicht und möchten uns bei allen bedanken, die den DGB Hessen-Thüringen aktiv unterstützen. Unsere Erfolge sind eure Erfolge. Insbesondere unseren ehrenamtlichen Kolleginnen und Kollegen wollen wir für ihren unermüdlichen Einsatz danken, ebenso den Beschäftigten des Bezirkes auf allen Ebenen sowie den Mitgliedsgewerkschaften, die uns begleitet und unterstützt haben. Vielen Dank.

Wir danken auch den Verbänden, Bündnispartnern, Initiativen und Parteien, die mit uns für unsere Ziele gekämpft und gestritten haben.

Gabriele Kailing



DGB-Bezirksvorsitzende Hessen-Thüringen

1980	Realschulabschluss an der Friedrich-August-Genth-Schule in Wächtersbach
1980 – 1983	Ausbildung zur Rechtsanwalts- und Notarfachangestellten
1983	Eintritt in die IG Bau-Steine-Erden
1983	Mitarbeiterin in einer Frankfurter Anwaltssozietät
1983 – 1985	Verwaltungsangestellte im Bezirksverband Gelnhausen der IG Bau-Steine-Erden
1985 – 1989	Verwaltungsangestellte im Bundesvorstand Abteilung Tarifpolitik der IG Bau-Steine-Erden
1986	Eintritt in die SPD
1989 – 1991	Besuch der Akademie der Arbeit und Ausbildung zur Gewerkschaftssekretärin
1992 – 1998	Bundesjugendsekretärin der IG Bauen-Agrar-Umwelt
1999 – 2001	Projektleiterin im Organisationsentwicklungsprozess der IG Bauen-Agrar-Umwelt
2001 – 2011	Fachreferentin Tarifpolitik und Koordinatorin für den Vorstandsbereich Baustoffindustrie der IG Bauen-Agrar-Umwelt
2011 – 07-2014	Abteilungsleiterin im Vorstandsbereich Personal, Baustoff, Forst und Agrar der IG Bauen-Agrar-Umwelt
seit 19.07.2014	Vorsitzende DGB-Bezirk Hessen-Thüringen

Mitglied im Aufsichtsrat der HeidelbergCement AG, Mitglied im hr-Rundfunkrat, Alternierende Vorsitzende des Vorstandes der Deutschen Rentenversicherung Hessen, Mitglied im Beirat der Deutschen Bundesbank Hauptverwaltung Hessen, Mitglied im Beirat der Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen, Vorsitzende des DGB-Bildungswerks Hessen e. V., Mitglied im Beirat Nord der Sparkassenversicherung, Vorsitzende des Vereins Freunde und Förderer der Europäischen Akademie der Arbeit, Stellvertretende Vorsitzende des Wirtschaftsbeirats der Hessen-Agentur, Mitglied im Bündnis Zukunft der Industrie Thüringen.



Sandro Witt

Stellv. Vorsitzender des DGB-Bezirk Hessen-Thüringen

geboren am	15.6.1981 in Pirna
Familienstand	verheiratet
1993 – 1997	Regelschule Suhl
1997 – 1999	BGJ-Maßnahme während der Ausbildungssuche (Zella Mehlis)
1999 – 2000	Zivildienst Klinikum Suhl
1998 – 2001	Sprecher der Azubis in außerbetrieblicher Ausbildung
2000 – 2003	Ausbildung zum Bürokaufmann in außerbetrieblicher Ausbildung (Multivision 2000)
2000	Eintritt in ver.di
2001 – 2003	ehrenamtlicher Vorsitzender DGB Jugend Südthüringen
2003 – 2004	Aushilfsjobs bei Kaufland, Marktkauf und als Packer bei Pressevertrieb Greiser und Ausbildung an der Heimvolkshochschule Hustedt (6-Wochen-Kurs)
2003 – 2006	ehrenamtlicher Vorsitzender DGB Jugend Thüringen
2004 – 2005	Jugendbildungsreferent DGB Mittelthüringen
2005 – 2006	Studium 70. Jahrgang an der Akademie der Arbeit Frankfurt am Main
2005 – 2006	Bundessprecher [solid] e.V.
2006 – 2010	Jugendbildungsreferent DGB Thüringen
2008 – 2010	Vorstand Landesjugendring Thüringen
2010 – 2014	Organisationssekretär im DGB-Büro Ostthüringen und Referent Berufliche Bildung DGB Hessen-Thüringen, Betriebsrat und stellv. Mitglied Gesamtbetriebsrat, Vorsitzender DGB-Kreisverband Jena–Saale Holzlandkreis
seit 25. Januar 2014	stellv. Bezirksvorsitzender Hessen-Thüringen; Landesvertreter des DGB in Thüringen

Vorsitzender Mobit e.V., Vorsitzender Landesausschuss für Berufsbildung Thüringen, Mitglied im Verwaltungsrat der AOK Plus, Schatzmeister Freunde und Förderer der Europäischen Akademie der Arbeit e.V., 2. Vorsitzender DGB Bildungswerk Thüringen, Vorsitzender Arbeit und Leben Thüringen, Vorsitzender Jugendförderverein ran e.V., Mitglied im MDR Rundfunkrat und bei ARTE G.E.I.E., Mitglied im Landesbeirat der Regionaldirektion der Agentur für Arbeit Thüringen, Kuratoriumsmitglied Institut für Demokratie und Zivilcourage, Mitglied Hochschulrat Duale Hochschule Thüringen, Landessprecher Bündnis Mitmenschlich in Thüringen.

Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik





ZUKUNFT
STALTEN WIR!

DGE

Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik

Mit Forderungen nach Eindämmung prekärer Arbeitsformen wie etwa Minijobs sowie belastender und krankmachender Arbeitsbedingungen hat sich der DGB in den vergangenen Jahren regelmäßig zu Wort gemeldet. Selbiges gilt für die Versäumnisse in den Unternehmen, rechtzeitig für Fachkräftenachwuchs zu sorgen. Deren Folgen - wachsende Arbeitsverdichtung, ausufernde Arbeitszeiten oder Qualifizierungsdefizite bei den Beschäftigten – treten deutlich zu Tage. Zudem werden unter dem Deckmantel der Digitalisierungsdebatte grundlegende Errungenschaften, wie aktuell das Arbeitszeitgesetz, von Arbeitgebern in Frage gestellt. Damit die Chancen zunehmender Flexibilität auch Beschäftigten zu Gute kommen, müssen Mitbestimmung, Tarifbindung und soziale Sicherung ausgeweitet werden.

Die Lage langzeitarbeitsloser Menschen ist nach wie vor dramatisch. Auf Hartz-IV-Leistungen angewiesen zu sein bedeutet für viele Menschen, sich als Arbeitslose zweiter Klasse zu fühlen. Je länger sie arbeitslos sind, desto schwieriger wird die gesellschaftliche Teilhabe, was nicht zuletzt an der geringen Höhe des Regelsatzes und an der geringen Chance auf eine berufliche Integration liegt. Gerade in Hinblick auf den enormen Veränderungsdruck durch den digitalen Strukturwandel müssen Bildung und berufliche Anpassungsqualifizierung für arbeitslose Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einen größeren Stellenwert bekommen. In beiden Ländern hat der DGB entsprechende Fachforen ausgerichtet, an Informations- und Protestveranstaltungen beteiligt oder die Interessenvertretung auf den politischen Podien übernommen.

Nach jahrzehntelanger politischer Auseinandersetzung um die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns ist am 1. Januar 2015 das Mindestlohngesetz (MiLoG) in Kraft getreten. Mit zahlreichen Kampagnen und gezielter Öffentlichkeitsarbeit haben wir erreicht, dass der gesetzliche Mindestlohn in Hessen und Thüringen als Erfolg der Gewerkschaften gilt.

Gute Arbeit in Thüringen

Trotz der guten Arbeitsmarktentwicklung der letzten Jahre hat Thüringen Nachholbedarf bei der Entlohnung und den Arbeitsbedingungen. Deutlich wird dies am überdurchschnittlich hohen Anteil der Beschäftigten in den unteren Lohngruppen und einem nachgewiesenen Mangel an Maßnahmen zur Gesundheitsförderung und betrieblichen Unterstützungsleistungen. Der DGB macht darauf immer wieder aufmerksam und betont die Bedeutung gewerkschaftlicher Mitbestimmung in den Betrieben für die Beschäftigten.

Im Bereich der Arbeitsmarktpolitik hat sich der DGB im ständigen Dialog mit der Landesregierung dafür stark gemacht, arbeitsmarktpolitische Instrumente noch besser miteinander zu verzahnen, alle Möglichkeiten zu nutzen. Das schließt auch neue Konzepte öffentlich geförderter Beschäftigung oder abschlussorientierter Weiterbildung ein. Mit der im März 2016 ins Leben gerufenen neuen Thüringer Allianz für Berufsbildung und Fachkräfteentwicklung werden Lösungsansätze gemeinsam mit relevanten Arbeitsmarktakteuren entwickelt und umgesetzt.

Kurswechsel in der Alterssicherung

Der DGB setzt sich für eine lebensstandardsichernde, gerechte, solidarisch finanzierte Alterssicherung für alle Erwerbstätigen ein. Er drängt die Bundesregierung seit Jahren zu einem Kurswechsel in der Rentenpolitik. Mit der Kampagne „Rente muss reichen“ hat er erneut eine grundsätzliche Diskussion in Gang gebracht.

In Hessen hat sich der DGB regelmäßig kritisch zur sogenannten Deutschlandrente geäußert, die von den hessischen Ministern Al-Wazir, Grüttner und Schäfer als eine weitere Variante der kapitalgedeckten Altersvorsorge in die Debatte eingebracht worden war. Das Modell ist ebenso wenig geeignet, Geringverdiener besser zu stellen als mit der heutigen Riester-Rente.

Arbeits- und Gesundheitsschutz

Auch wenn es in den zurückliegenden Jahren gelungen ist, einige neue Akzente im Arbeitsschutz zu setzen, die zur Prävention arbeitsbedingter Erkrankungen beitragen und den Arbeitsschutz im Betrieb stärken können, stehen die nationalen und internationalen Arbeitsschutzsysteme weiter unter Druck. Gründe sind Vereinfachungs- und Kostensenkungsstrategien oder ungenügende personelle Ressourcen in den Betrieben bzw. bei den staatlichen Aufsichten. Zunehmend spielen die Digitalisierung und der damit einhergehende Versuch seitens der Arbeitgeber, geltende Arbeitszeitregelungen in Frage zu stellen, eine Rolle.

Zu diesen grundsätzlichen Fragen hat der DGB in Hessen und Thüringen in unterschiedlichsten Gremien und Veranstaltungen Stellung bezogen. Dabei ging es wesentlich um die Umsetzung der Gefährdungsbeurteilung und die Durchführung des betrieblichen Gesundheitsmanagements, die Einbeziehung psychischer Belastungen oder um belastende Arbeitssituationen in Kindertagesstätten und Pflegeeinrichtungen sowie die Trennung von Arbeit und Privatem bzw. die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Die jährliche Tagung des DGB mit dem Hessischen Ministerium für Soziales und Integration hat für die Zukunft ein neues Format erhalten und wurde in Kooperation mit dem DGB-Bildungswerk durchgeführt.

Sozialwahlen

Der DGB hat sich gründlich auf die Sozialwahlen 2017 vorbereitet. Alle Gewerkschaften waren sich darin einig, dass Urwahlen verhindert werden müssen. Bis zum Wahltag 2017 wurden auf der Basis eines Wahlkalenders die gemeinsamen Listen erstellt, Verträge mit weiteren Organisationen zur Verhinderung von Urwahlen geschlossen und Beschlüsse herbeigeführt. Das Wahlprozedere ist an enge gesetzliche Normen gebunden, die Fristen sind unbedingt einzuhalten. Unter Listenführung des DGB wurden in Hessen die vorgeschlagenen Kandidaten für die DRV Hessen und die AOK Hessen in Form von Friedenswahlen für die kommenden sechs Jahre und die weiteren Gremien wie Vorstand, Versichertenälteste, Verwaltungsrat und Widerspruchsausschüsse gewählt. In Thüringen lag die Listenführung für die AOK Plus beim DGB Sachsen und für die DRV Mitteldeutschland in Sachsen-Anhalt. Auch bei diesen beiden Sozialversicherungsträgern kam es nach schwierigen Verhandlungen am Ende zu Friedenswahlen.

DGB aktiv für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Der DGB Hessen-Thüringen ist langjähriges Mitglied in der Thüringer Allianz für Familie und Beruf. Gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern von Ministerien, Arbeitsagenturen, Kammern und Wirtschaftsverbänden sollen das Thema vorangebracht und Rahmenbedingungen verbessert werden. Im Jahr 2015 wurde die Vereinbarung der Thüringer Allianz neu unterzeichnet. Zwischen 2013 und 2017 hat sich der DGB mit seiner Mitarbeit in der Allianz für eine stärkere Verankerung von Maßnahmen für mehr Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Thüringer Unternehmen eingesetzt. Mittlerweile ist es gelungen, die Rolle von Betriebs- und Personalräten sowie von Tarifverträgen bei Fragen der Vereinbarkeit stärker festzuschreiben und die einzelnen Allianzpartner zu verpflichten in ihren eigenen Einrichtungen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf voranzutreiben.

Für eine solidarische Flüchtlingspolitik, die Perspektiven schafft

Der Bezirk Hessen-Thüringen setzte sich im Zuge der Fluchtbewegung unter anderem nach Europa intensiv damit auseinander, wie geflüchteten Menschen eine tragfähige Perspektive am Arbeitsmarkt ermöglicht werden kann. Daneben standen auch Themen wie eine ausreichende Ausstattung öffentlicher Haushalte zur Bewältigung der Herausforderungen, menschenwürdige Unterbringung, Anpassung des Personalbestands insbesondere in Schulen und bei der Polizei oder Spracherwerb und Ausbildung auf der Tagesordnung.

Mit Nachdruck wurden eine grundlegende Überprüfung sämtlicher Bewilligungspraxen und eine professionelle Anerkennungsberatung gefordert. In den maßgeblichen Fachgremien wie dem Hessischen Asylkonvent oder dem Thüringischen Netzwerk für Integration in Arbeit und Ausbildung setzt sich der DGB ausdrücklich dafür ein, dass geflüchtete Menschen nicht als billige Arbeitskräfte ausgenutzt werden dürfen. Große Anerkennung erlangte der DGB in Thüringen (DGB Bildungswerk) mit seinem Projekt zur Selbststärkung von Geflüchteten „Gewusst wie! - Empowerment für die Arbeitswelt“. Mit einer klaren Positionierung, dass beides zugleich wichtig ist, nämlich die Verbesserung der Arbeitsmarktperspektiven von geflüchteten Menschen und die Unterstützung von Erwerbslosen, konnte einem Ausspielen beider Gruppierungen entschieden entgegen gewirkt werden.

Faire Mobilität – Ausbau in Hessen und Neustart in Thüringen auf Initiative des DGB

Neben den Menschen, die Schutz in Deutschland suchen, geht die wachsende Mobilität in Europa mit einer Zunahme prekärer Beschäftigung einher. Deshalb hat der DGB Hessen-Thüringen dafür gesorgt, Anlaufstellen für ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einzurichten. In kurzer Zeit wurde das gewerkschaftliche Projekt „Faire Mobilität“ mit seiner Beratungsstelle in Frankfurt zu einer wichtigen Anlaufstelle für mittel- und osteuropäische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Besonders diese sind durch das europäische Lohngefälle von prekären Arbeitsbedingungen wie Scheinselbstständigkeit und Lohnprellerei betroffen. In zahlreichen Gesprächen mit den Fraktionen der Hessischen Landesregierung ist es gelungen, weitere Landesmittel für einen Ausbau des Beratungsangebotes zu erhalten. Darüber hinaus haben auch in Thüringen die Bemühungen zur Einrichtung einer Anlaufstelle „Faire Mobilität“ endlich Früchte getragen.



Guter Arbeitgeber?
Wie?
Am Tarifvertrag
erkennt du Sie

Ohne
Tariflohn
kriegste hier

Tarifvertr
und
fairen Lo

Statt Ges
Kampf
für höh

**KURSWECHSEL JETZT
GUTE RENTE WÄHLEN
DIE GESETZLICHE RENTE STÄRKEN!**



Rentendemo 25. August 2017

Ein weiteres Moment der Mobilisierung zur Rentenkampagne war in Nordhessen der Abschluss der regionalen Aktivitäten vor der Bundestagswahl mit einer Demonstration am 25. August 2017 in Kassel. 2.500 Kolleginnen und Kollegen aus der Region und darüber hinaus folgten dem Aufruf der Gewerkschaften und demonstrierten unter dem Motto „Deine Stimme für eine gute Rente“ für einen Kurswechsel in der Rentenpolitik in Kassel. Dem vorausgegangen waren neben dem gemeinsamen Pendleraktionstag am 31. Mai zahlreiche Aktionen und Veranstaltungen des DGB oder der Gewerkschaften in Nordhessen.

Leiharbeit - „Brücke in den 1. Arbeitsmarkt“

Die DGB Region Mittelhessen, hat in Ihrer Kampagne gegen Leiharbeit verschiedene gesperrte Brücken einen neuen Namen gegeben - „Brücke in den 1. Arbeitsmarkt“. Immer wieder wird behauptet Leiharbeit sei eine Brücke in den 1. Arbeitsmarkt. Nun haben wir endlich die besagten Brücken entdeckt. Sie zeichnen sich dadurch aus, dass sie für Fußgänger und den Straßenverkehr gesperrt sind. Es handelt sich also um Brücken, die man nicht überschreiten kann. Genauso verhält es sich mit der Leiharbeit als vermeintliche Brücke in den 1. Arbeitsmarkt.

Handlungsfähiger Staat



FÜR
auf die

GEW
HESSEN

STOPPEN!

FÜR ALLE!

ANDLUNGSFÄHIGEN STAAT

OM

FUER-ALLE.COM

FUER-ALLE.COM

Handlungsfähiger Staat

Seit Ende des Jahres 2014 regiert in Thüringen die bundesweit erste rot-rot-grüne Landesregierung unter Führung von Ministerpräsident Bodo Ramelow (Die Linke). Die Gespräche mit dem DGB haben sich seitdem intensiviert und es sind vermehrt Anstrengungen festzustellen, gewerkschaftliche Themen aufzugreifen.

Nach Abschluss den Tarifrunden 2015 und 2017 hatte der DGB die Thüringer Landesregierung aufgefordert, das jeweilige Tarifergebnis (TV-L) zeit- und inhaltsgleich auf die Beamtinnen und Beamten zu übertragen. Auf Druck des DGB konnte 2015 eine inhaltsgleiche Übertragung erzielt werden. Kritisiert haben wir allerdings die zeitliche Verzögerung von einem halben Jahr. Im Jahr 2017 konnte eine zeitgleiche, nicht aber eine inhaltsgleiche Übertragung erreicht werden. So wurde unserer Forderung, etwa den Sockelbetrag von 75 Euro aus dem Tarifergebnis zu übertragen, nicht entsprochen. Begleitet haben die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und der DGB die Auseinandersetzung unter anderem durch eine Briefaktion an die Landtagsabgeordneten.

Seit 2010 existiert in Thüringen auf Initiative des DGB eine Beteiligungsvereinbarung, nach der der DGB frühzeitig und parallel zur Ressortberatung in die Beratungen zur Erarbeitung von Gesetzen, Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften einbezogen werden soll, die das Rechtsverhältnis der Beamtinnen und Beamten gestalten. Die Vereinbarung trägt bis heute.

In ihrem Koalitionsvertrag hatte sich die rot-rot-grüne Landesregierung darauf verständigt, das Thüringer Personalvertretungsgesetz (ThürPersVG) zu novellieren. Der DGB hat daher Anfang 2017 einen eigenen Entwurf erarbeitet, der eine verfassungskonforme Allzuständigkeit nach dem Vorbild des Mitbestimmungsgesetzes von Schleswig-Holstein vorsieht. Demnach umfasst die Mitbestimmung des Personalrats alle „personellen, sozialen, organisatorischen und sonstigen innerdienstlichen Maßnahmen“ (§ 51 MBG-SH).

Neben den Besoldungsrunden und der Novellierung des ThürPersVG war und ist die Gebiets-, Verwaltungs- und Funktionalreform ein wichtiges Thema. Der DGB setzt sich dafür ein, dass der Personalübergang ohne Nachteile für die Beschäftigten erfolgt. Für die Tarifbeschäftigten soll der Übergang tarifvertraglich geregelt werden. Die tarifvertraglich ausgehandelten Bedingungen sollen sinngemäß auf die Beamtinnen und Beamten übertragen werden, deren Übergang gesetzlich geregelt wird.

Darüber hinaus hat der DGB in Abstimmung mit den Gewerkschaften zu vielen weiteren Themen, etwa zum E-Gouvernement-Gesetz, Stellungnahmen und Positionierungen veröffentlicht.

Die Personalpolitik des Landes Hessen steht seit Jahren unter dem Vorzeichen des Kürzens und Sparens. Die bundesweit erste schwarz-grüne Landesregierung hatte schon in ihrem Koalitionsvertrag 2013 keinen Hehl daraus gemacht, dies mit Stellenabbau, Kürzungen der Beihilfe, einer Nullrunde bei der Besoldung im Jahr 2015 mit anschließender Deckelung bei einem Prozent ab 2016 fortführen zu wollen. Nur unter massivem gewerkschaftlichem Druck haben wir die Landesregierung in Folge insbesondere in der Beihilfe- und Besoldungsfrage zu Verbesserungen gegenüber dem Vorhaben im Koalitionsvertrag bewegen können.

Zusammen mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes haben wir im Berichtszeitraum mit mehreren Aktionen, Veröffentlichungen u.a. zur Personal- und Personalkostenentwicklung sowie Demonstrationen Druck auf die Landesregierung gemacht, die Beamtinnen und Beamten nicht schlechter zu behandeln als ihre angestellten Kolleginnen und Kollegen.

Die Null-Runde im Jahr 2015 haben wir nicht abwenden können. In der Auseinandersetzung um die Besoldungsdeckelung im Jahr 2016 hat die Landesregierung dann nach langem, massivem gewerkschaftlichem Druck eine soziale Komponente zugestanden. So ist die Besoldung für alle Beamtinnen und Beamten um ein Prozent, mindestens aber um 420 Euro pro Jahr gestiegen. Insbesondere die Besoldungsgruppen des mittleren und gehobenen Dienstes der Besoldungsgruppen A 5 bis A 12 haben davon profitiert, weil für sie die Erhöhung über der ein-prozentigen Steigerung lag.

Anfang März 2017 haben die Gewerkschaften mit dem Land Hessen einen Tarifabschluss erzielt, auf dessen Grundlage die 45.000 Landesbeschäftigten in zwei Stufen 4,2 Prozent (2017 2 %; 2018 2,4 %) mehr Geld erhalten. Angesichts des langanhaltenden Drucks der Kolleginnen und Kollegen und in Anbetracht der bevorstehenden Landtagswahlen im Jahr 2018 wurde das Ergebnis zwar inhaltsgleich auf die Beamtinnen und Beamten übertragen, allerdings mit einer Verzögerung von vier Monaten. Die massiven Verluste der vergangenen Jahre bleiben bestehen.

Im Rahmen der letzten Personalrechtsreform 2016 konnten wir wichtige Punkte durchsetzen. Unter anderem wurden die Freistellungsregelungen im Bereich des Hauptpersonalrats der Polizei und erstmals auch des Gesamtpersonalrats beim Landesbetrieb Hessenforst verbessert.

Der Personenkreis, den das Hessische Personalvertretungsgesetz umfasst, konnte erweitert werden. Dieses erstreckt sich jetzt sowohl auf Praktikantinnen und Praktikanten als auch auf geringfügig Beschäftigte. Außerdem gelten nun alle ständigen freien Mitarbeiter/innen des Hessischen Rundfunks als Beschäftigte und werden damit fortan vom Personalvertretungsrecht erfasst.

Die im Koalitionsvertrag 2013 angekündigte Arbeitszeitreduzierung von 42 auf 41 Stunden im Jahr 2017 ist zwar ein erster Schritt in die richtige Richtung. Allerdings kommt er viel zu spät und reicht bei weitem nicht aus.

Zentrale gewerkschaftliche Forderungen bleiben die 40-Stunden-Woche, die Rückkehr des Landes in die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL), eine Garantieerklärung für die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung der Tarifergebnisse auf die Beamtinnen und Beamten und die Weiterentwicklung der Beteiligungsrechte zu echten Verhandlungsrechten. Dazu gehört auch das Streikrecht für Beamtinnen und Beamte, die nicht hoheitlich tätig sind.



BESONDUNG

S
U
[Pedestrian Sign]

Am Hauptbahnhof

ib 197

LEHRE

WIRER FÜR
hisses auf die

[Red Lion Flag]



Beamtenbesoldung

Im Winter 2014 organisierte der DGB in Nordhessen gemeinsam mit den beamtenorganisierenden Gewerkschaften eine Demonstration mit rund 1.200 TeilnehmerInnen gegen die Kürzungen bei der Beihilfe (Krankenversicherung) für die hessischen Beamtinnen und Beamten. Diese Aktion war der Auftakt für eine Reihe gemeinsamer Aktionen der Gewerkschaften in Nordhessen, die teils begleitend zur Tarifrunde 2015, teils eigenständig stattfanden. So gab es auch einen gemeinsamen Stand des DGB zu diesem Thema am Hessestern 2016 in Hofgeismar. Ziel war es einerseits, die Beschäftigungsbedingungen im öffentlichen Dienst zu schützen und eine weitere Abwertung der Arbeit dort zu verhindern, aber die Bedeutung dieser Arbeit für einen soziales und funktionierendes Gemeinwesen zu unterstreichen. So mündeten diese Aktionen am 3. März 2016 in einen gemeinsamen Aktionstag der nordhessischen DGB-Gewerkschaften für einen handlungsfähigen Sozialstaat. An der Demonstration und Abschlusskundgebung nahmen rund 2.000 Kolleginnen und Kollegen aus ganz Nordhessen teil.

Wirtschafts- und Strukturpolitik





Wirtschaftspolitik

Die Arbeit im Bereich der Wirtschaftspolitik wird in Hessen traditionell von verteilungs-, haushalts- und finanzpolitischen Fragen geprägt. Die haushalts- und finanzpolitische Orientierung des DGB Hessen-Thüringen zielt dabei insbesondere auf die Leistungsbereitstellung der öffentlichen Hand: Diese muss in Hinblick auf Qualität und Quantität den gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Anforderungen genügen. Um Chancengleichheit zu gewährleisten, aber auch um Benachteiligungen auszugleichen, ist ein starker öffentlicher Sektor erforderlich, der den gleichberechtigten und diskriminierungsfreien Zugang zu Bildung, Kultur, Gesundheit und sozialer Sicherheit herstellt. Eine angemessene Daseinsvorsorge bildet letztlich die gesellschaftliche Grundlage des Zusammenlebens. Die Finanzierung der staatlichen Aktivitäten hat gemäß den Kriterien einer Besteuerung nach Leistungsfähigkeit zu erfolgen. Gemessen an diesen Zielen besteht ein beträchtlicher Handlungsbedarf.

So ist in zahlreichen Feldern des öffentlichen Dienstes ein Personalmangel auszumachen. Im Bildungsbereich sind die Personalschlüssel von der frühkindlichen Bildung bis zu Hochschule schlecht. Im Schulbereich fehlen aufgrund der systematischen Abwertung des Öffentlichen Dienstes mittlerweile Lehrerinnen und Lehrer, und die Polizei weist Überstunden in Millionenhöhe auf. Hinzu kommt ein dramatischer Verfall der öffentlichen Infrastruktur, der auf der kommunalen Ebene besonders eklatant ist. Besonders betroffen hiervon sind in vielen Kommunen die Schulen. Insgesamt ist die öffentliche Hand in Deutschland strukturell unterfinanziert.

Neben zahlreichen Arbeits- und Positionspapieren zu den Aufgaben sowie der Einnahmesituation der öffentlichen Hand hat der DGB Hessen-Thüringen in Hessen im Jahr 2015 zusammen mit der Friedrich-Ebert-Stiftung zwei große Tagungen zur kommunalen Daseinsvorsorge und zur finanziellen Lage der Kommunen in Hessen durchgeführt.

Eine angemessene Finanzierung staatlicher Aktivitäten muss die Entwicklung der Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland berücksichtigen. Dabei sind seit der Jahrhundertwende ein starker Anstieg der Gewinneinkommen und eine zunehmende Lohnspreizung auszumachen. Die Schere zwischen hohen und niedrigen Einkommen öffnet sich, die Mittelschicht schrumpft und die Armutsquoten von Rentnerinnen und Rentnern sowie von Kindern steigen. Außerdem sind Vermögen in Deutschland immer ungleicher verteilt. Ferner ist festzustellen, dass Steuern und Sozialbeiträge in abnehmendem Umfang dazu beitragen, die Ungleichverteilung der Primäreinkommen auszugleichen. Vermögen sind in Deutschland im internationalen Vergleich besonders ungleich verteilt.

Mit den geschilderten aktuellen verteilungspolitischen Trends und ihren sozialstaatlichen Konsequenzen hat sich eine Tagung des DGB Hessen-Thüringen im September 2016 in Frankfurt am Main auseinandergesetzt. Der Bericht zur Evaluierung des Thüringer Vergabegesetzes wurde vom Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und digitale Gesellschaft (TMWWDG) im März 2017 vorgelegt. 2018 soll das Gesetz novelliert werden. Im Zuge des von DGB und bwt durchgeführten Workshops mit den Evaluatoren wurden die gewerkschaftlichen Anforderungen aufgenommen. Der vergabespezifische Mindestlohn, sozialverträgliche Regelungen zum Übergang der Beschäftigten bei Betreiberwechsel im ÖPNV, verbindliche Regelungen für bevorzugte Bieter durch die Umwandlung von „Kann“ in „Soll“-Bestimmungen bei Ausbildung, Vereinbarkeit oder Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen, faire Beschaffung sowie verlässliche Kontrollen und Sanktionen sind dabei zentrale Forderungen.

Struktur- und Technologiepolitik

Ziel der regionalen Strukturpolitik ist es, Ungleichgewichte zwischen den Regionen abzubauen. Daher sollen Regionen, die besonders vom Strukturwandel betroffen und wirtschaftlich benachteiligt werden, prioritär gefördert werden. Für den DGB steht hierbei der Mensch im Zentrum. Daher setzen sich die Gewerkschaften dafür ein, dass „Gute Arbeit“ in der regionalen Strukturpolitik verankert wird. So sollten nur solche Unternehmen Fördermittel erhalten, die soziale Kriterien erfüllen. Dazu zählen etwa Tarifbindung, Höchstquoten für Befristungen, Leiharbeit, Mini-Jobs, etc.

In Hessen gibt es bislang keine sozialen Kriterien in der regionalen Strukturpolitik. Der DGB Hessen-Thüringen hat daher im Sommer 2016 eine Studie durchgeführt. Diese hat untersucht, ob Unternehmen, die in der EU-Förderperiode 2007-2013 aus Mitteln der regionalen Strukturpolitik gefördert wurden, tarifgebunden sind und/oder einen Betriebsrat aufweisen. Demnach zahlen die meisten Unternehmen, die in besagter Förderperiode Strukturfördermittel erhalten haben, eigenen Angaben zufolge nicht einmal Tariflöhne und weisen keinen Betriebsrat auf.

Neben der regionalen Strukturpolitik ist die sektorale Strukturpolitik für den DGB zentral. Schwerpunktthemen waren in den letzten Jahren insbesondere die Themen „Energie“ und „Verkehr“. In Hessen hat sich der DGB in den vergangenen Jahren für die Umsetzung der Ergebnisse des Energiegipfels aus dem Jahr 2011 eingesetzt. Angestrebt wird die Deckung des Endenergieverbrauchs (Strom und Wärme) bis zum Jahr 2050 möglichst zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien. Im Jahr 2015 hat der DGB gemeinsam mit den Gewerkschaften ein Positionspapier für Hessen veröffentlicht, in dem er mehr öffentliche Investitionen in die Infrastruktur, einen Umstieg auf klimafreundliche Verkehrsmittel sowie soziale Standards für die Beschäftigten im Verkehrssektor fordert.

Nachhaltigkeit erfordert einen Gleichklang von sozialen, ökonomischen und ökologischen Zielsetzungen. Bei der Überarbeitung der hessischen Nachhaltigkeitsstrategie hat sich der DGB daher dafür stark gemacht, dass das Ziel „menschwürdige Arbeit für alle“ aufgenommen und mit geeigneten Indikatoren hinterlegt wird. Darüber hinaus wirkte der DGB an der Erarbeitung des hessischen Klimaschutzplans mit. Angestrebt wird ein klimaneutrales Hessen bis zum Jahr 2050.

Eine besondere Herausforderung ergibt sich durch den technologischen Fortschritt. Um sich mit der Digitalisierung und deren Folgen für die Beschäftigten genauer zu befassen, wurde durch den DGB im Jahr 2015 ein Arbeitskreis auf der Bezirksebene eingerichtet. Ziel war es, die Möglichkeiten des technischen Fortschritts zu nutzen, um die Arbeitswelt human zu gestalten und die Betriebe zukunftsfähig auszurichten. Hierzu veröffentlichte der DGB Hessen-Thüringen im Jahr 2017 ein Positionspapier mit dem Titel „Digitalisierung der Arbeitswelt – Für Gute Arbeit 4.0 in Hessen und Thüringen“.

Ein besonders in den Ballungsräumen und Städten wichtiges Thema des DGB-Bezirks war die Wohnungspolitik. Im Rahmen des hessischen Wohnraumbündnisses engagierte sich der DGB in den vergangenen Jahren für mehr Investitionen in sozialen und bezahlbaren Wohnraum sowie Verbesserungen im Mietrecht.

Das Thüringer Wirtschaftsministerium (TMWWDG) erarbeitet derzeit eine „Strategie für die digitale Gesellschaft“. Leitthemen sind Mittelstand 4.0, digitale Landesentwicklung sowie Bildung und Forschung. Die „Arbeitsgestaltung und Qualifizierung 4.0/Lebenslanges Lernen 4.0“ ist dabei ein Handlungsfeld. In den Werkstattgesprächen, zu denen der DGB eingeladen war wurde deutlich, dass zwar die Chancen und Risiken von Arbeit 4.0 umfassend gesehen werden, die TMWWDG-Strategie aber bislang offenbar nur auf Aus- und Weiterbildung zur besseren Akzeptanz und Anwendung der neuen Technologien setzt. Dass die Digitalisierung aber nur unter Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie deren Interessensvertretungen erfolgreich sein kann, wird kaum berücksichtigt. Die DGB-Forderung nach einem arbeitsorientierten „Kompetenzzentrum Arbeit-digital Thüringen“, mit Schwerpunkten wie Arbeits- und Gesundheitsschutz, Arbeitnehmerdatenschutz, Mitbestimmung, Arbeitszeitgestaltung und gute Arbeit bleibt aktuell.





DGB-Robin-Hood-Aktion in Hirschhorn

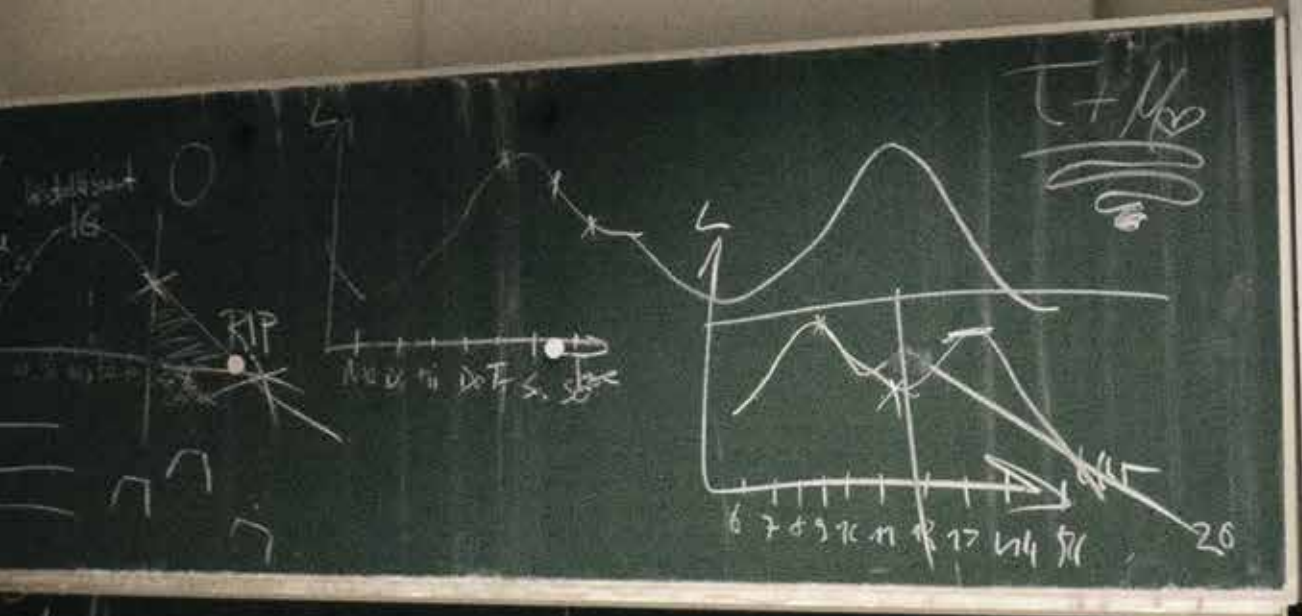
Jeweils am ersten Wochenende im September findet in Hirschhorn am Neckar das Ritterfest statt. Dieses mehrtägige Volksfest mit tausenden Besuchern bietet seit über zehn Jahren den idealen Rahmen für eine zweitägige Robin-Hood-Aktion des DGB Hirschhorn. Mit der Aktion wird das Thema Umverteilung im Wortsinn „auf die Straße getragen“. Ausgestattet mit mittelalterlichen Monturen, Pfeil und Bogen verteilen die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter (Schokoladen-) Goldtaler mit einem „Gruß von Robin Hood“ an die zahlreicher FestbesucherInnen und werben mit mittelalterlich gestalteten Flugblättern für einen grundlegenden Politikwechsel und für die Einführung einer „Robin-Hood-Steuer“. Ein besonderer Publikumsmagnet ist das Basteln von Robin-Hood-Mützen („Wir basteln Robins Hut“). Die DGB-Robin-Hood-Aktion in Hirschhorn ist ein highlight und wichtiger Programmpunkt unseres DGB „vor Ort“ (DGB Informationsbüro und DGB Ortsverband).

Sanktionsstelle Vergabe in Frankfurt und Wiesbaden

Der Zoll ist mit der Bekämpfung von Schwarzarbeit überlastet. Eine städtische Kontroll- und Sanktionsstelle für städtische Vergaben nach Vorbild der Stadt Köln ist eine Lösungsmöglichkeit auf kommunaler Ebene. In Frankfurt am Main und Wiesbaden sollen solche Stellen nun eingeführt werden - nicht zuletzt auf Anregung und durch das Wirken des DGB in der Kommunalpolitik. Sie kontrollieren insbesondere die Einhaltung von Arbeitszeiterfassung und gesetzlich vorgeschriebenen Löhnen und Anmeldung zu Sozialversicherungen. Die Kölner Stelle finanziert sich selbst über festgelegte Vertragsstrafen, die Betrüger zusätzlich zur gesetzlichen Strafe zahlen müssen. Insbesondere vor dem Hintergrund eines unzureichenden hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetzes ist dies eine Lösungsstrategie für Kommunen um die regionale Wirtschaft und ehrliche Unternehmer zu stärken.

Bildung und Ausbildung





Wetter
Latsch

Fachkräfte und Ausbildung

Die öffentlichen Diskussionen zum Thema Fachkräftesicherung und Fachkräftemangel reißen nicht ab. Vor dem Hintergrund zahlreicher Bereiche, in denen die Ausbildungsqualität inakzeptabel ist und nach wie vor sinkender Ausbildungsbereitschaft der Betriebe, ist das Klagen der Arbeitgeber über fehlende Fachkräfte oft unangemessen.

Bündnis für Ausbildung Hessen / Thüringer Allianz für Berufsbildung und Fachkräfteentwicklung

Im Jahr 2015 wurden sowohl in Hessen als auch in Thüringen Vereinbarungen zur Berufsbildung und zur Fachkräfteentwicklung auf landespolitischer Ebene getroffen. Der Bezirksvorstand entschied sich zur kritisch-konstruktiven Begleitung. Zwar wurden in beiden Ländern Fortschritte erzielt. Insbesondere in Hessen wurden jedoch die zugesagten Ausbildungsplatzzahlen nicht erfüllt. Zum Ende der Laufzeit wird unbedingt sehr kritisch zu bewerten sein, ob und zu welchen Bedingungen es Nachfolgevereinbarungen unter Beteiligung des DGB Hessen-Thüringen geben soll.

In Hessen konnte die jahrzehntelange Forderung der Gewerkschaften und der Gewerkschaftsjugend nach dem Hochschulzugang für Facharbeiterinnen und Facharbeiter zumindest in einem Modellprojekt umgesetzt werden. Jugendliche, die einen mittleren Schulabschluss und den Abschluss einer anerkannten Berufsausbildung mit einer Mindestnote von 2,5 vorweisen können, haben in diesem die Berechtigung, sich in den hessischen Hochschulen einzuschreiben.

In beiden Ländern wurde die Forderung nach einer Verbesserung der Mobilität erörtert. In Hessen gilt seit dem 1. August 2017 das Hessenticket für Schülerinnen und Schüler zum Preis von 365 Euro pro Jahr. In Thüringen konnte ein Angebot für alle Ausbildungswege aufgrund der großen Zahl regionaler Verkehrsverbünde bisher nicht ins Werk gesetzt werden. Der DGB konnte in Thüringen darauf hinwirken, dass die Landesregierung die Fahrtkostenrichtlinie für Berufsschülerinnen und Berufsschüler verlängert und ausgebaut hat.

Hessischer Bildungsgipfel

Seit September 2014 hatte die hessische Landesregierung zur Teilnahme am „hessischen Bildungsgipfel“ aufgerufen. Schließlich wurde im Bezirksvorstand entschieden, sich am Gipfel und an den vier Arbeitsgruppen zu beteiligen. Als strategische Ziele wurden die Schwächung des Zusammenhangs zwischen Bildungserfolg und Herkunft der Schülerinnen und Schüler, die Verwirklichung von Inklusion entsprechend der UN-Menschenrechtskonvention, sowie der Ausbau echter Ganztagschulen in Grundschulen und weiterführenden Schulen formuliert.

Schnell zeichnete sich ab, dass der Bildungsgipfel lediglich zur Bestätigung der Bildungspolitik der Landesregierung dienen würde. Ministerpräsident Volker Bouffier bestätigte dies während der laufenden Verhandlungen mit der Aussage, dass die hessische CDU „keinen Millimeter von ihrer Grundlinie abgehen“ werde. Der von Kultusminister Alexander Lorz vorgelegte Entwurf eines Abschlusspapiers enthielt aus Sicht der Gewerkschaften keine substantiellen Fortschritte, sondern nur allgemeine Zustandsbeschreibungen und Auflistungen von Gemeinsamkeiten. Die Herstellung von mehr sozialer Gerechtigkeit im hessischen Schulwesen blieb außen vor.

Handwerk





Handwerksarbeit

Mit Inkrafttreten der Handwerksordnung 1953 wurde festgelegt, dass Arbeitnehmervertreterinnen und -vertreter mit einem Drittel der Sitze in den Vollversammlungen und in den Vorständen der Handwerkskammern vertreten sind. Seitdem bringen die Beschäftigten im Handwerk ihr Know-how und ihre Interessen in die Arbeit der Kammern ein.

Das Handwerk boomt, die Umsatzzahlen der letzten Jahre belegen das. Doch nicht alle Handwerkerinnen und Handwerker profitieren von der positiven Geschäftssituation. Zugleich findet ein gravierender Strukturwandel statt. Wo früher viele kleine und mittelgroße Betriebe existierten, dominieren heute große Unternehmen ganze Branchen. Die Novellierung der Handwerksordnung 2004 hat die Struktur ganzer Gewerke negativ beeinflusst. Auch ist die Ausbildungsleistung eingebrochen. Nach der Aufhebung der Zulassungspflicht nahmen Kleinstbetriebe massiv zu und Scheinselbstständigkeit, oft Sub-Subunternehmen, machten sich breit. Geringverdiener und der Einsatz von Leiharbeit sind auch im Handwerk ein Thema. Die Innungen als Fachorganisationen sind Tarifpartner der DGB-Gewerkschaften. Zunehmend weigern sie sich jedoch, Tarifverhandlungen zu führen. Dadurch hat sich die Verdienstsituation merklich verschlechtert. Aus gewerkschaftlicher Sicht können Fachkräfte im Betrieb aber nur dann gehalten werden, wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Das geht nur mit Tarifverträgen.

Gemeinsam mit den fünf Handwerksgewerkschaften im DGB sorgt die DGB-Initiative „Handwerk: gute Arbeit, fairer Lohn“ für bessere Arbeits- und Einkommensbedingungen im Handwerk – damit auch für bessere Renten. Diese Initiative setzt die Themen für die Kolleginnen und Kollegen parallel zur Imagekampagne des Handwerks, um deutlich zu machen, wie Beschäftigte die Perspektiven für sich im Handwerk sehen.

Die Kolleginnen und Kollegen in den Vollversammlungen der Handwerkskammer Hessen-Thüringen haben sich für das Projekt „PerSe – Perspektive Selbstverwaltung“ beworben und die Zusage erhalten. Die ersten Auftaktveranstaltungen fanden Mitte 2017 statt. Im Rahmen des Projektes werden teilnehmerorientierte Qualifizierungs-, Bildungs- und Beratungsstrukturen für Mitglieder der Selbstverwaltungsgremien des Handwerks regional abgestimmt, angeboten und umgesetzt.

Eine gute Tradition in Hessen sind die jährlichen Spitzengespräche zwischen der Arbeitsgemeinschaft der hessischen Handwerkskammern und dem DGB mit seinen Mitgliedsgewerkschaften – so auch im Berichtszeitraum. Hier findet der Austausch unter anderem zur wirtschaftlichen Lage des Handwerks, zur Ausbildungsplatzsituation, zum Thema Fachkräftesicherung und anderen Themen statt.

Im Berichtszeitraum fanden in allen Handwerkskammern Hessen-Thüringen Kammerwahlen statt. In allen Kammern haben die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der DGB-Gewerkschaften eine Liste eingereicht und sind erfolgreich in die Vollversammlungen eingezogen.

Überblick der zuständigen DGB-Kolleginnen und Kollegen für die jeweilige Handwerkskammer und der/die Arbeitnehmer-Vizepräsidenten

Kassel

DGB-Region Nordhessen, Koll. Petra Vogel-Huff, Horst Zahn (IGM)

Frankfurt –Rhein - Main

DGB-Region Frankfurt, Koll. Philipp Jacks, Vizepräsident Rainer Mangler-van Klev (IGM)

Wiesbaden

DGB-Region Südhessen, Koll. Sascha Schmidt ,Vizepräsident Andreas Brieske (IG BAU)

Erfurt

DGB-Region Thüringen, Koll. Thomas Schmidt, Vizepräsidentin.Bärbel Kritzmann (ver.di)

Ostthüringen

DGB-Region Thüringen, Koll. Thomas Schmidt, Vizepräsident Karl-Heinz Fuhrich (IGM)

Südthüringen

DGB-Region Thüringen, Koll. Thomas Schmidt, Vizepräsident Mario Hau (IGM)

Kirchen und soziale Bewegungen





Kirchen und soziale Bewegungen

Die Zusammenarbeit der Gewerkschaften mit den Kirchen in Hessen konzentriert sich auf das Hessische Forum für Religion und Gesellschaft, das Bündnis für soziale Gerechtigkeit, den Arbeitskreis Kirche und Gewerkschaft, die Vorbereitungsgruppe für das Hessische Sozialforum sowie die Organisation des regelmäßig stattfindenden Spitzengesprächs zwischen dem DGB Hessen-Thüringen und Vertretern der Evangelischen Kirchen und Katholischen Bistümer in Hessen.

Den Schwerpunkt bei der Zusammenarbeit mit den Kirchen bildet das Bündnis für soziale Gerechtigkeit. Geschäftsführerin des Bündnisses ist Ulrike Eifler (DGB-Regionsgeschäftsführerin Südosthessen). Hier wurden Verabredungen über die politische Ausrichtung des Hessischen Sozialforums getroffen, die dann durch eine Vorbereitungsgruppe umgesetzt wurden.

Das Hessische Sozialforum (HSF) findet jährlich im Frankfurter Haus am Dom mit ungefähr 150 Teilnehmenden statt. Mit der zweiten Vorsitzenden der IG Metall Christiane Benner im Jahr 2016 und dem ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske 2017 als Hauptreferierende waren die Gewerkschaften bei dem HSF zudem prominent vertreten. Das Bündnis hat in der Zuwanderungsdebatte 2015/2016 mit gemeinsamen Pressemeldungen Position bezogen und deutlich gemacht, dass es in Deutschland keine Flüchtlingskrise, wohl aber eine Krise der sozialen Gerechtigkeit gibt.

Die Zuwanderungsdebatte und soziale Gerechtigkeit waren auch Themen des Spitzengesprächs zwischen den Vorsitzenden von DGB und Gewerkschaften mit den Bischöfen der katholischen und evangelischen Landeskirchen. Das Spitzentreffen findet im zwei-Jahres-Rhythmus statt. Bei dem letzten Treffen im Mai 2016 wurde verabredet, in Form eines gemeinsamen Sozialpodiums in einen Dialog zu treten und an den Themen weiter diskursiv zu arbeiten.

Der Arbeitskreis Kirche und Gewerkschaft hat sich daraufhin dieser Frage angenommen und plant ein gemeinsames Sozialpodium für Mitte Januar 2018 zu der Fragestellung: „Was hält die Gesellschaft zusammen?“ Gesucht wird nach einem gemeinsamen Blick auf die Gesellschaft. Nach einem Input durch den Soziologen Oliver Nachtwey sollen die DGB-Spitze und Bischöfe miteinander ins Gespräch kommen.

Demokratie und gesellschaftlicher Zusammenhalt





Equal
PAY
NOW!

ICH BIN
MEHR WERT
KEIN
BRITISENSTUKE
ZU
MINLÖHNE



GRENZENLOSE

SOLIDARITÄT

NO BORDERS

DGB
JUGEND



Demokratie und gesellschaftlicher Zusammenhalt

Der DGB und die DGB-Jugend Hessen-Thüringen sind auf vielen Ebenen aktiv gegen Rassismus, Chauvinismus und Menschenfeindlichkeit – unter anderem durch ein entschiedenes Engagement für eine vielfältige und offene Gesellschaft, Solidarität und garantierten Arbeitnehmerrechten für alle Menschen. Die Arbeit in Bündnissen und Initiativen sowie die Durchführung von Veranstaltungen sind dabei wesentlich. Insbesondere unsere ehrenamtlichen Kolleginnen und Kollegen initiieren Gegenaktionen oder beteiligen sich intensiv an lokalen Bündnissen gegen Rechts, wodurch sie maßgeblich dazu beitragen, dass sich demokratischer Widerspruch artikuliert und rechte Aktivitäten mit Gegenwehr rechnen müssen.

Im Rahmen dieser Zusammenarbeit des DGB und der DGB Jugend in Bündnissen, insbesondere in Thüringen, steht der DGB im engen Kontakt zum mobilen Beratungsteam von MOBIT e.V.. Die DGB Jugend Thüringen ist Teil der landesweiten Vernetzung der Bürgerbündnisse in Thüringen. In Hessen sind der DGB und die DGB Jugend Mitglieder des Beratungsnetzwerk Hessen.

Die Situation verschärft sich

Immer wieder werden Gewerkschaften zum Angriffsziel für rechte Parteien und Gruppierungen. In den vergangenen Jahren versuchten Rechte immer wieder, den Tag der Arbeit zu missbrauchen. So veranstaltete die Partei „Der dritte Weg“ am 1. Mai 2015 einen bundesweiten Aufmarsch im ostthüringischen Saalfeld. Knapp 700 Neonazis marschierten trotz des Protestes von mehr als 1000 Gegendemonstranten durch die Kleinstadt. Gewalttätige Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Veranstaltung des „Dritten Wegs“ verletzten mehrere Jugendliche und griffen Journalistinnen und Journalisten an. Auf ihrem Weg nach Saalfeld überfielen etwa 40 Neonazis die 1. Mai-Kundgebung des DGB in Weimar. Auch hier wurden mehrere Menschen verletzt. Die Täterinnen und Täter konnten von der Polizei in Gewahrsam genommen werden. Sofern es bisher überhaupt zu Verfahren gegen sie kam, wurden diese gegen geringe Auflagen eingestellt. Um deutlich zu machen, dass sich die Gewerkschaften von rechter Gewalt nicht einschüchtern lassen, fand im darauffolgenden Jahr die zentrale 1. Mai-Veranstaltung des DGB Hessen-Thüringen in Weimar statt.

Auch im Jahr 2017 mobilisierte „Der dritte Weg“ zum 1. Mai wieder bundesweit nach Thüringen, diesmal nach Gera. Rund 400 Neonazis sahen sich mehr als 1.200 Gegendemonstrantinnen und -demonstranten gegenüber. Ein breites Bündnis aus Initiativen und Vereinen, Gewerkschaften und Parteien vor Ort hatte zahlreiche Gegenveranstaltungen organisiert und konnte thüringenweit Menschen mobilisieren. Vertreterinnen und Vertreter aller demokratischen Parteien bis hin zum Ministerpräsidenten des Landes Thüringen, Bodo Ramelow, waren vor Ort. Zahlreiche Künstlerinnen und Künstler traten auf, unter ihnen auch Konstantin Wecker. Ein gemeinsamer Aufruf von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden zeigte die Breite des Bündnisses. Gleichzeitig traf sich der extrem Rechte Flügel der AfD um Björn Höcke zum Aufmarsch in Erfurt, um dort den 1. Mai für sich zu vereinnahmen.

Netzwerk für Demokratie und Courage

Das „Netzwerk für Demokratie und Courage“¹ führt Projektstage mit unterschiedlichen Themenschwerpunkten an hessischen und thüringischen Schulen durch. Schülerinnen und Schüler sollen im Rahmen dessen über Rassismus, Antisemitismus, Sexismus, Homophobie und Antiziganismus aufgeklärt, alternative Handlungsoptionen erarbeitet sowie demokratisches Verständnis gefördert werden. Durchgeführt werden die Projektstage von ehrenamtlichen jungen Menschen, die vorher eigens für die Projektstage geschult werden.

In Thüringen finanziert die DGB-Jugend das NDC mit und sitzt seit dessen Gründung im Steuerungsgremium. In Hessen ist im Jahr 2016 die Trägerschaft des NDC von der DGB Jugend an den Hessischen Landesjugendring abgegeben worden. Die DGB Jugend ist aber weiterhin eng mit dem NDC verbunden und entsendet drei Personen in den Steuerungskreis des NDC Hessen.

Die Resonanz auf die Projektstage ist sehr gut, die Nachfrage steigt zunehmend. Mittlerweile finden in beiden Bundesländern jährlich über 100 Projektstage statt. Für einige der Projektstage müssen deshalb zusätzliche Mittel aus unterschiedlichen Förderprogrammen akquiriert werden. Das NDC hat sich in den vergangenen Jahren in Hessen und Thüringen zu dem wichtigsten Anbieter für antirassistische Bildungsarbeit entwickelt.

Im Herbst 2016 organisierte die DGB Jugend für Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sowie Aktive in unserer Bildungsarbeit vier Argumentationstrainings gegen Rechts. Sowohl in Gießen, Hanau, Frankfurt und Darmstadt gab und gibt es eine sehr große Nachfrage, an einer regelmäßigen Wiederholung wird im Moment gearbeitet.

Zudem wird mit der „StammtischkämpferInnen-Schulung“ des Bündnisses Aufstehen gegen Rassismus eine Stärkung Ehrenamtlicher im Engagement gegen Rechts forciert.

¹ Im Zuge von Wahlerfolgen extrem rechter Parteien, zunehmenden Übergriffen von gewaltbereiten Neonazis auf Migrantinnen und Migranten sowie Andersdenkende und zugleich rechtem Dominanzstreben in Jugendkulturen wurde 1999 in Dresden das antirassistische Bildungsprojekt „Für Demokratie Courage zeigen“ von der DGB-Jugend und weiteren Jugendverbänden gegründet. Daraus ist das „Netzwerk für Demokratie und Courage“ hervorgegangen.

Gelbe Hand

In den letzten Jahren wurde in Thüringen die Zusammenarbeit mit dem Verein Mach' meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V. intensiviert. Vertreterinnen und Vertreter des Vereins waren zu Gast bei einem Landesjugendausschuss. Unter Beteiligung des DGB und der DGB Jugend gab es Workshops in Thüringen. Im Jahr 2014 wurde der Preis des Gelbe-Hand-Wettbewerbs in Thüringen verliehen. Die DGB Jugend vergab einen Sonderpreis für den Film „Szenenwechsel“ der Schülerinnen und Schüler des Berufsschulzentrums Sondershausen.

Antirassistischer und antifaschistischer Ratschlag

Der DGB Hessen-Thüringen und die DGB-Jugend sind Akteure und Mitorganisatoren des jährlich in Thüringen stattfindenden antirassistischen und antifaschistischen Ratschlags. Dieser bietet Aktiven und Interessierten eine Plattform, um sich in Workshops und Veranstaltungen auszutauschen. Im Berichtszeitraum hat der Ratschlag in Erfurt, Weimar, Ilmenau, Saalfeld stattgefunden. 2017 findet er unter Beteiligung des DGBs, der Gewerkschaften und des bwt zum 27. Mal statt. Der Ratschlag ist der größte regelmäßige Kongress gegen Rechts in Thüringen.

„Mitmenschlich in Thüringen“

In der aufgeheizten, zunehmend gewalttätigen Stimmung gegenüber Geflüchteten und ihren Unterstützerinnen und Unterstützern im Herbst 2015 initiierte die DGB-Landesvertretung „Mitmenschlich in Thüringen“ als Bündnis für ein Thüringen der Demokratie, Vielfalt und Mitmenschlichkeit. „Mitmenschlich in Thüringen“ besteht aus Vertreterinnen und Vertretern von Gewerkschaften, Arbeitgebern, Religionsgemeinschaften, Sozialverbänden, Parteien und Jugendorganisationen, des Sports, der Kultur und der Wissenschaft die sich gemeinsam zum Schutz Geflüchteter und Weltoffenheit bekennen.

Das Bündnis setzte in diesem Sinne am 9. November 2015 mit einer Großveranstaltung auf dem Erfurter Domplatz ein deutliches, überregional wahrgenommenes Zeichen. Im März 2017 wurde die Wanderausstellung „Gesicht wahren“ mit Portraits von Menschen aus verschiedenen Fluchtregionen in Erfurt eröffnet. Die Ausstellung soll die Menschen hinter den anonymisierenden Zahlen von Flucht und Vertreibung sichtbar machen.

UNFREIWILLIG VERZOGEN
1938 FRANKFURT
SCHICKSAL UNBEKANNT

UNFREIWILLIG VERZOGEN
1938 FRANKFURT
FLOCHT ENGLAND
ÜBERLEBT

UNFREIWILLIG VERZOGEN
1938 FRANKFURT
DEPORTIERT 1941
MINSK
ERMORDET

HIER WOHNTE
INGE BÄR
JG. 1933
UNFREIWILLIG VERZOGEN
1938 FRANKFURT
DEPORTIERT 1941
MINSK
ERMORDET

HIER WOHNTE
EDGAR BÄR
JG. 1931
UNFREIWILLIG VERZOGEN
1938 FRANKFURT
SCHICKSAL UNBEKANNT

HIER WOHNTE
BERTA HELEN
BEHR
JG. 1922
UNFREIWILLIG VERZOGEN
1938 FRANKFURT
DEPORTIERT 1942
ERMORDET
MINSK





„Der Erinnerung Namen geben“

„war Motto und Ziel der Arbeit der Kollegen des DGB-Ortsverbandes Lampertheim, das sie sich gestellt haben, um die Lokalgeschichte der südhessischen Gemeinde an der Bergstraße von 1933- 1945 zu erforschen. Der erste Band ihrer Recherchen erschien 2014, thematisierte Widerstand und „Verfolgung in Lampertheim während der Zeit des Nationalsozialismus 1933-1945“ und widmete sich den Opfern des NS Regimes.

Der zweite, zu Beginn des Jahres 2017 erschienene Band „Täter, Gehilfen, Biedermänner – NS-Belastete in und um Lampertheim“ wandte sich den Tätern, Erfüllungsgehilfen und Profiteuren zu.

Am Beispiel größtenteils unbekannter Biografien von Tätern und Opfern aus Lampertheim und Südhessen wird in den beiden Broschüren sehr anschaulich die lokal- und regionalgeschichtliche Entwicklung, der Alltag in dieser Zeit beschrieben. Die „Spurensuche“ fand eine große lokale und regionale Resonanz, führte zu vielen Diskussionen und Veranstaltungen in der Stadt. Mittlerweile sind die Bände Bestandteil des Stadtarchives und damit auch Teil der bislang unbekannteren Lampertheimer Stadtgeschichte. Mithin ein großes Verdienst der Lampertheimer Gewerkschaftskollegen des DGB.

Europapolitik und Internationales





Europapolitik in Hessen und Thüringen

Im Berichtszeitraum wurde die Zusammenarbeit mit europäischen Gewerkschaftsbünden fortgesetzt. Hieran sind die Gewerkschaftsbünde aus den hessischen Partnerregionen und der Region Valencia beteiligt. Unsere Partnergewerkschaften sind im Einzelnen: CGIL, CISL und UIL Emilia-Romagna, NSZZ Solidarnosc und OPZZ Wielkopolska, cgt Aquitaine sowie die CC.OO. und ugt Pais Valenciano. Gemeinsam mit diesen Partnern führt der DGB regelmäßig Tagungen und von der EU ko-finanzierte Projekte zu aktuellen und regional relevanten Themen durch. Diese Kooperationen helfen auch bei konkreten betrieblichen Problemen weiter. So konnte der DGB Hessen-Thüringen gemeinsam mit den zuständigen Mitgliedsgewerkschaften folgende Kontakte aufbauen: B.Braun Melsungen und Avitum bei Modena (Emilia-Romagna) zur Einbeziehung der dortigen Mitbestimmungsgremien und Gewerkschaften in die Arbeit des Europaforums (EBR); amazon.de und amazon.it mit Sitz in Piacenza (Emilia-Romagna) mit dem Ziel des Aufbaus von Kontakten und die Einbeziehung des italienischen Standortes in die europäischen gewerkschaftspolitischen Aktivitäten unter dem Dach von Uni; Iseo Italien (Lombardei) und Deutschland in Gera im Rahmen der Tarifaueinandersetzung an dem thüringischen Standort.

Die DGB-Jugend Hessen-Thüringen hat vor der Europawahl 2014 eine Reihe von Diskussionsrunden zu den Anforderungen des DGB an die Politik in Europa in allen hessisch-thüringischen Regionen organisiert. Flankiert wurden diese Aktivitäten durch die gezielte Einladung von Rednerinnen und Rednern aus europäischen Partnergewerkschaften zu den Maiveranstaltungen 2014. So sprachen etwa in Kassel die Vorstandsmitglieder des deutschen und eines italienischen Gewerkschaftsbundes, Annelie Buntenbach (DGB) und Danilo Barbi (CGIL). Aber auch die Regionen selbst haben eine Vielzahl von Veranstaltungen dazu organisiert. Eine weitere bezirkliche Veranstaltungsreihe fand zum Thema Krise in Griechenland statt. Kolleginnen und Kollegen einer Griechischen Partnergewerkschaft berichteten auf Veranstaltungen in allen Regionen über die Auswirkungen der aktuellen Politik der Troika bestehend aus der EU, der Europäischen Zentralbank und dem Internationalen Währungsfonds auf die Menschen und ihr Leben in Griechenland.

Im Berichtszeitraum fanden zwei Tagungen der DGB-Stadt- und Kreisverbände zu europapolitischen Themen statt. Zum einen die Tagung im Vorfeld der Europawahlen 2014 zu den Anforderungen des DGB an die künftige Politik in Europa und zum anderen 2016 zu den aktuellen Herausforderungen an ein soziales Europa in Zeiten der erstarkenden Rechten in Europa und dem bevorstehenden Austritt Großbritanniens aus der EU. Beides waren wichtige Elemente zur Sensibilisierung der eigenen Organisation für die politische Ebene Europa und die Notwendigkeit eines sozialen Politikwechsels.

Die DGB-Region Südosthessen hat ihr europapolitisches Engagement ausgebaut. Mehrmals gab es Besuche griechischer Kolleginnen und Kollegen, die über die Auswirkungen der Austeritätspolitik berichteten. Außerdem fuhren Hanauer Betriebsräte nach Athen und Chania (Kreta), um dort mit den Kollegen ins Gespräch zu kommen. Den bisherigen Höhepunkt der Zusammenarbeit bildete der Besuch der griechischen Europaabgeordneten Manolis Glezos und Konstantina Kouneva (beide SYRIZA) in Hanau.

Seit über zehn Jahren besteht eine intensive gewerkschaftliche Zusammenarbeit zwischen der CGIL Rimini, der CSdL San Marino und dem DGB Odenwaldkreis. Seit mehreren Jahren gibt es zudem eine enge Kooperation zwischen der CGT Elsass und dem DGB Südhessen. Die Zusammenarbeit beinhaltet jährliche Zusammentreffen zu politischen Themen vom einfachen Austausch bis hin zu gemeinsamen Seminaren. Im Odenwaldkreis findet dieses Jahr ein viertägiges Gewerkschaftsseminar mit CGIL, CSdL, CGT und DGB statt: „Gerade jetzt: Gemeinsam für ein soziales und solidarisches Europa!“



DGB

EJASIA



Gerade jetzt: Gemeinsam für ein soziales und solidarisches Europa

Gewerkschaften aus Rimini, San Marino, Elsass und Südhessen vertiefen ihre Zusammenarbeit

Seit über zehn Jahren besteht eine intensive gewerkschaftliche Zusammenarbeit zwischen der CGIL Rimini, der CSdL San Marino und dem DGB Odenwaldkreis. Seit mehreren Jahren gibt es zudem eine enge Kooperation zwischen der CGT Elsass und dem DGB Südhessen. Im Odenwaldkreis findet 2017 ein viertägiges Gewerkschaftsseminar mit CGIL, CSdL, CGT und DGB statt: „Gerade jetzt: Gemeinsam für ein soziales und solidarisches Europa!“

Gleichstellungspolitik



DGB

ver di

Friseur/in
1.391 Euro

Einzelhandels-
kauffrau
2.191 Euro

Lehrerin
Grundschule = 90 % Frauen
2.937 Euro

Erzieherin
2.491 Euro

equal
pay
day, -

Spiele

Tobler



Frauen- und Gleichstellungspolitik

Die frauen- und gleichstellungspolitische Arbeit des DGB Hessen-Thüringen beschränkte sich in der vergangenen Legislaturperiode weitgehend auf regelmäßige Sitzungen des Bezirksfrauenausschusses sowie auf die Mitarbeit in den Landesfrauenräten in Hessen und Thüringen. Die Sitzungen des Bezirksfrauenausschusses fanden im Wechsel in Thüringen und in Hessen statt. Die Sitzungen wurden zum intensiven Austausch über die frauen- und gleichstellungspolitischen Aktivitäten in den Gewerkschaften und in den DGB Regionen genutzt. Es wurden Veranstaltungen zum internationalen Frauentag, zum Equal-Pay-Day und zum Tag der betrieblichen Entgeltgleichheit beraten und koordiniert sowie über zusätzliche Aktionen, z.B. am Welttag gegen Gewalt an Frauen besprochen. In allen DGB Regionen fanden anlässlich des Internationalen Frauentages und des Equal-Pay-Days Veranstaltungen und Aktionen statt.

Aufgrund einer Terminüberschneidung nahm der Bezirksfrauenausschuss geschlossen an der DGB Tagung „Verteilung, Demokratie und Sozialstaat“ teil. Der Bezirksfrauenausschuss schlug außerdem Prof. Dr. Heide Pfarr für den Elisabeth-Selbert-Preis vor.

Auf seiner Klausurtagung beschäftigte sich der Ausschuss mit der Rentenpolitik, mit frauenpolitischen Forderungen zur Bundestagswahl und mit der Vorbereitung der Bezirksfrauenkonferenz. Die Arbeit des DGB Bezirksfrauenausschusses war zu allen Zeiten von Konstruktivität, Solidarität und Zielorientierung geprägt.

Die Arbeit des Bezirksfrauenausschusses

Am 9. September 2013 konstituierte sich der Bezirksfrauenausschuss mit seiner ersten Sitzung der neuen Wahlperiode. Zur Vorsitzenden des Bezirksfrauenausschusses wurde Susanne Zinke (ver.di) gewählt, als ihre Stellvertreterin Britta Brandau (DGB Frauenausschuss Frankfurt). Für die Vertretung der Frauen im DGB Bezirksvorstand wurden ebenfalls Susanne Zinke als ordentliches Mitglied und Britta Brandau als Stellvertreterin gewählt. Sie vertraten die Frauen regelmäßig in den Sitzungen des DGB Bezirksvorstandes und berichteten über frauen- und gleichstellungspolitische Aktivitäten im Bezirk.

Als Mitglieder des Bezirksfrauenausschusses wurden im Berichtszeitraum benannt.

für die IG Metall	Renate Müller
für die ver.di	Susanne Zinke
für die IG BCE	keine Benennung
für die IG BAU	Helga Holl
für die NGG	Heidi Vey
für die GEW	Lioba Boll
für die GdP	Sandra Temmen und ab 2016 Elke Heydrich
für die EVG	Dagmar Giebeler

Neuer Bezirksfrauenausschuss (seit 23.09.2017)

Gewerkschaften	ordentl. Mitglied	Stellvertreterin Hessen	Stellvertreterin Thüringen
EVG	Dagmar Giebeler	Waltraut Schmidt	Karin Schippa
GdP	Elke Heydrich (Vorsitzende)	Iris Schiffer	
GEW	Christine Dietz		Gabriele Matysik
IG BAU	Carla Rodrigues	Claudia Georgens	Pia Pötzsch
IG BCE	Stefanie Ohlmann	Sandra Vockeroth	Edith Carl
IG Metall	Claudia Büchling	Bianca Walter	Kerstin Barnowski
NGG	Claudia Blässer	Brigitte Theiß	Diana Rehmann
ver.di	Mathilde Meyer (stv. Vors.)	Sigrid Schubecker	Eva Nagler

Außerdem wurden Britta Brandau und Eroica Beatrix Kremer als beratende Mitglieder vom DGB-Kreisfrauenausschuss Frankfurt und Marion Böhme vom DGB-Kreisfrauenausschuss Nordhausen benannt. Heike Weber nimmt mit beratender Stimme für die DGB Region Südhessen teil.

Proteste in den USA

Gewerkschaftliche Perspektiven
auf feministische, antirassistische und
soziale Kämpfe in Trump's Amerika

12. April 2017 | 19 Uhr
Gewerkschaftshaus
Frankfurt am Main

Cassady Fendlay

Organisatorin / Communications Coordinator
WOMEN'S MARCH ON WASHINGTON

Im Gespräch mit

Ilka Briest

Landesfrauensekretärin, Ver.di Hessen

DGB

Stadtverband
Frankfurt am Main

ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG
HESSEN
FORUM FÜR BILDUNG
UND ANALYSE E.V.

ver di

in den USA —
haftliche Perspektiven
tische, antirassistische
Kämpfe in Trump's Amerika

wurde ein Kandidat zum 45. U
Kampf in noch nicht dagewese
d sexistisch aufgetreten ist. In
enda der Trump-Administrati
abhängig Beschäftigten, Imm
B, männlich, heterosexuell un
trumps hat sich eine progress
lt, deren wohl beeindruckende
on Washington am 21. Janu
Situation aktuell ist und wie
und organisiert, möchten w



verantwortlich: Alexander W.



Für die DGB-Region Frankfurt-Rhein-Main ist das Thema Frauen- und Gleichstellungspolitik ein zentrales Thema. Beispielhaft zu nennen sind zwei Veranstaltungen, die auf sehr gute Resonanz in Presse und (gewerkschaftlicher) Öffentlichkeit stießen. Mit Cassidy Fendlay konnten wir eine Aktivistin der ersten Stunde des „Womens’s March on Washington“ für eine abendfüllende Veranstaltung gewinnen, auf der wir auch über frauen- und gleichstellungspolitische Ansätze dies- und jenseits des Atlantik sprachen. Tacheles geredet wurde dann im Bundestagswahljahr 2017 auf der Podiumsdiskussion mit dem Titel „Emanzipation oder Rückschritt?“, auf der fachlich versierte Bundestagsabgeordnete aller Fraktionen und GewerkschafterInnen unserer Vorsitzenden der DGB-Frauen Frankfurt Britta Brandau Rede und Antwort standen. Thema: Frauen- und gleichstellungspolitische Perspektiven auf Sozial-, Arbeitsmarkt- und Gesundheitspolitik. Moderiert wurde die Veranstaltung von der stellvertretenden Ressortleiterin Politik der Frankfurter Rundschau Nadja Erb.

Jugend





GEMEINSAM
GEWINNEN.

DGB
Mittelstand

Bausteine
Berufsschularbeit

DGB
Mittelstand

„Ich bin in
der Gewerkschaft,
weil wir dort
gemeinsam
für eine gute
Ausbildung
kämpfen.“



Scannen und
auf facebook
informiert sein!



Infos & Beratungen
hier bei uns!



Scannen und
auf facebook
informiert sein!



Die Jugendarbeit im Bezirk ist bunt und vielfältig. Über Ländergrenzen hinweg gemeinsam an Positionen und Forderungen zu arbeiten ist dabei erklärtes Ziel der Gewerkschaftsjugend.

Die vielen ehrenamtlichen Aktiven bei der DGB-Jugend und den Mitgliedsgewerkschaften sind der Stützpfiler der gewerkschaftlichen Jugendarbeit. Die Gewerkschaftsjugend bietet an vielen Stellen Möglichkeiten, sich in Diskussionen, Planungen und Durchführungen von Aktivitäten und Aktionen einzumischen.

Neben der Gremienarbeit vor Ort beteiligen sich viele junge Kolleginnen und Kollegen an der Bildungsarbeit der DGB-Jugend und bringen sich in Arbeitskreise ein.

Berufsschularbeit

Im DGB-Bezirk Hessen-Thüringen ist die Berufsschularbeit in den vergangenen vier Jahren kontinuierlich durchgeführt und weiterentwickelt worden. Ein Kernelement hierbei bildet die Berufsschultour zu Beginn des Ausbildungsjahres in allen Regionen.

Die DGB-Jugend hat es sich zum Ziel gemacht auf Berufsschülerinnen und -schüler zuzugehen, da sie noch am Beginn ihres Arbeitslebens stehen. Sie will mit der Berufsschularbeit über wirtschaftliche Zusammenhänge aufklären, die Bedeutung und die Rolle von Gewerkschaften im politischen und wirtschaftlichen System darstellen sowie die Auszubildenden auch für ihre eigene Situation im Betrieb und in der Gesellschaft sensibilisieren. Sie will sie motivieren, sich aktiv für die eigenen Interessen einzusetzen, in verschiedenen Interessensvertretungen, in der lokalen Jugendarbeit oder in der Gewerkschaftsjugend. Die inhaltliche Arbeit in den Berufsschulen verfolgt den Ansatz außerschulischer Jugendbildungsarbeit. Die DGB-Jugend verfolgt mit ihrer Arbeit einen nachhaltigen und zielorientierten Bildungsansatz, der den Schwerpunkt ihrer Vorfelddarbeit bildet.

Bildungsurlaube

Anspruch gewerkschaftlicher Jugendbildungsarbeit ist es, den eigenen Blick zu erweitern. Das heißt für die DGB-Jugend, Menschen, Kulturen, Geschichten und Politik anderer Länder kennenzulernen. Bei Begegnungen mit „dem vermeintlichen Fremden“ können schon nach ersten Kontakten gegenseitige Neugierde, Sympathien und Verständnis entstehen. Langfristig, können sich feste Netzwerke und Freundschaften über „kulturelle und geografische Grenzen“ hinweg entwickeln. Internationale Bildungsarbeit der Gewerkschaftsjugend ist also weit mehr, als attraktive Reiseziele kostengünstig zu erleben!

„Auf den Spuren der Partisan_innen – Bella Ciao“ in der Emilia Romagna ist der italienische Bildungsurlaubsklassiker. Die noch lebenden Zeitzeuginnen und Zeitzeugen ermöglichen, dass junge Menschen Einblicke in deren Wissens- und Erfahrungsschatz erhalten. Die Spuren der Partisaninnen und Partisanen und damit der Widerstand gegen deutsche Nazis wird so eindrucksvoll erfahrbar gemacht. Damit soll ein Beitrag zur Aufarbeitung dieser dunklen Vergangenheit geleistet und die Verantwortung der nächsten Generationen für ein friedliches Miteinander in der Gegenwart herausgestellt werden.

Beim politischen Segeln auf den holländischen IJsselmeer – „Call me a radical“ ging es um Strategien zum Umgang mit gesellschaftlichen Konflikten. Wie gemeinsames sich-organisieren/-durchsetzen funktioniert, wird beim „Polit-Segeln“ herausgearbeitet und eingeübt. Dies ist notwendig, da die Arbeitsgesellschaft weiter geprägt ist von Konflikten wie etwa die nicht bewältigte Euro- und Wirtschaftskrise. Es wird gezeigt: Gewerkschaften bewegen sich grundsätzlich in einem konfliktreichen Umfeld. Jede Tarifeinwanderung ist dadurch geprägt, die Forderungen der abhängig Beschäftigten gegen Arbeitgeber durchzusetzen.

Der Bildungsurlaub „Paris – l' amour vache“ in Frankreich beschäftigte sich mit Arbeitsmarktreformen, einem Rechtsruck und den Generalstreiks. Egal, ob die französische Regierung Kürzungen im Öffentlichen Dienst durchsetzen, die Rente auf 62 erhöhen will oder Einschnitte im Arbeitsrecht plant: Sie erntet Proteste wie uns von französischen Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern erklärt wurde. Inspirierend, mutig und beeindruckend waren ihre Berichte über Aktionstage, Massenproteste und Generalstreiks der französischen Kolleginnen und Kollegen, Studierender und Schülerinnen und Schüler. Die Teilnehmenden entdeckten außerdem die Geschichte Frankreichs und lernten dessen politisches System kennen.

Erinnerungsarbeit

Auschwitz-Gedenkstättenfahrt der DGB-Jugend

Insgesamt 1000 Jugendliche, darunter 40 aus Hessen und 30 aus Thüringen, nahmen am 17. Juni an einer Gedenkstättenfahrt der DGB-Jugend nach Oswiecim (Auschwitz) teil. Bis zum 21. Juni beschäftigten sich die Delegierten von Jugendverbänden aus Israel, Österreich und Deutschland mit der Geschichte der Shoa und mit der Frage, wie die Erinnerung an die Millionen Opfer wach gehalten werden kann. Auch ein Treffen mit Esther Bejarano fand statt. Bejarano ist eine der letzten Überlebenden der Vernichtungslager Auschwitz und Ravensbrück. Anlass der Gedenkstättenfahrt ist der 70. Jahrestag der Befreiung des KZ Auschwitz.

Mit einem Workshop zum Konzentrationslager Auschwitz III/ Monowitz und einer Spurensuche vor Ort wurde zudem ein direkter Bezug zur IG Farben hergestellt. Da diese ihren ehemaligen Hauptsitz im IG Farben-Haus Frankfurt unterhielt (heutiger Campus der Goethe-Uni) und auch die Chemiewerke in Höchst zum Konzern gehörten, war für die Teilnehmenden ein starker regionaler Bezug sichtbar, den einige im Nachgang noch vertiefen wollten.

Darüber hinaus konnten die Teilnehmenden die Gedenkstätten des ehemaligen Stammlager (Auschwitz I) und des Lagers Auschwitz II/ Birkenau besuchen. Eine gemeinsame Gedenkveranstaltung am Memorial in Birkenau mit allen Teilnehmenden der Fahrt bot die Möglichkeit eines beeindruckenden symbolischen Abschlusses vor Ort.

Zu dem von der Gewerkschaftsjugend initiierten Jugendbündnis gehören: der Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ), die Jusos in der SPD, Naturfreundejugend Deutschlands, SJD – Die Falken, linksjugend [,solid], Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend (aej), Jugendwerk der AWO, Grüne Jugend, DIDF, Österreichische Gewerkschaftsjugend (ÖGJ) und der israelische Gewerkschaftsbund sowie die israelische Gewerkschaftsjugend (Histadrut und HaNoar HaOved VeHaLomed).

Konferenz „Arbeit im Nationalsozialismus“

Im Anschluss an die Gedenkstättenfahrt und in Vorbereitung durch die AG Bildungsarbeit lud die DGB-Jugend-Konferenz im Februar 2017 Aktive, Interessierte und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren nach Frankfurt ein, sich mit dem Themenkomplex „Arbeit im Nationalsozialismus“ vertiefend zu beschäftigen. Neben der inhaltlichen Auseinandersetzung stand dabei die pädagogische Praxis der gewerkschaftlichen Erinnerungsarbeit im Fokus.

In der Vermittlung historischer Gegebenheiten und erinnerungspolitischer Positionen ist Bildungsarbeit immer umstritten und spiegelt Standpunkte im gesellschaftlichen Erinnerungsdiskurs wieder. Diesen Aspekt beleuchtete Katha Rhein mit ihrem Eingangsreferat „Umkämpft! - Zur historisch-politischen Bildung seit 1945“. Eingeladen waren zudem Workshop-Referentinnen und Referenten aus verschiedenen Bildungskontexten, die einerseits inhaltliche Grundlagen darstellten und andererseits ihre pädagogischen Konzepte vorstellten. Dadurch sollte den Teilnehmenden Anlass gegeben werden die Erinnerungsarbeit der Gewerkschaftsjugend zu reflektieren und weiter zu entwickeln.

Ausbildung besser machen!

Für ein modernes
Berufsbildungsgesetz



GEWERKSCHAFTS

JUNGE GRUPPE

Kampagne Ausbildung besser machen - BBIG Novellierung

Mit dem Berufsbildungsgesetz (BBIG) gibt es ein zentrales Instrument zur Gestaltung des dualen Ausbildungssystems in Deutschland. Die DGB-Jugend fordert eine grundlegende Reform des BBIG, um mit den aktuellen Entwicklungen auf dem Ausbildungsmarkt nicht nur Schritt zu halten, sondern diese weiterhin im Sinne eines gut zugänglichen und qualitativ hochwertigen Ausbildungssystems zu prägen.

Dazu gehören insbesondere: die Aufnahme einer bundesweiten Ausbildungsgarantie und einer Ausbildungsplatzumlage, Sicherung der Ausbildungsqualität auf mehreren Ebenen (verbindliche Qualifizierung der Ausbilderinnen und Ausbilder, Aufwertung des schulischen Teils der Ausbildung durch einheitliche Freistellungsregelungen, Stärkung der Berufsbildungsausschüsse als Kontrollorgane), lernfreundliche Arbeitszeitregelungen v.a. zur Verhinderung von Überstunden in der Ausbildung, und die Schaffung von Rechtssicherheit in flexiblen Ausbildungsmodellen (Rückkehrrecht in der sog. „Stufenausbildung“) zur vorsorglichen Eindämmung von „Schmalspurausbildungen“. Ein Abbau von Geltungslücken des BBIG für Praktikant*innen und dual Studierende ist außerdem dringend notwendig, um dem Ausbeutungspotential dieser Ausbildungsverhältnisse entgegenzuwirken und Praktikant*innen und Studierenden die gleiche Planungs- und Rechtssicherheit zu gewähren wie den Auszubildenden in dualen Ausbildungsgängen.

Die DGB-Jugend diskutierte ihre Forderung mit Auszubildenden und dual Studierenden, beispielsweise am Ausbildungszentrum in Fulda. Sie sprach aber auch mit Bundestagsabgeordneten und beteiligte sich am parlamentarischen Abend der DGB-Jugend in Berlin.

Senioren





Die DGB Senioren vertreten solidarisch die Interessen von Arbeitnehmenden der heutigen und zukünftigen „Alten“.

Dabei ist eine möglichst lange selbstständige Lebensführung in Gesundheit und Würde und in aktiver Mitverantwortung für das Gemeinwesen das Ideal der übergroßen Mehrheit der Älteren. Das ist auch Ziel der gewerkschaftlichen Interessenpolitik nach dem Berufsleben.

Seniorenarbeit zu leisten bedeutet für den DGB-Bezirksseniorenausschuss, mit seinen aus allen DGB-Gewerkschaften und aus den DGB-Regionen berufenen Mitgliedern, Räume für eine soziale und politische Heimat in der Nachberuflichkeit zu öffnen. Die Menschen, die heute in den Ruhestand treten, sind in der überwiegenden Mehrzahl Frauen und Männer mit großer Lebens- und Berufserfahrung. Ihre Kompetenz und ihre Erfahrungen müssen den Gewerkschaftsorganisationen möglichst lange erhalten bleiben.

Die DGB-Senioren sind aktiv im generationenübergreifenden Erfahrungsaustausch sowie der Organisation bzw. Unterstützung gewerkschaftlicher und gesellschaftlicher Aktivitäten und Veranstaltungen.

Zu den im Folgenden genannten Schwerpunktthemen der bezirklichen Seniorenarbeit fanden im Berichtszeitraum vier Klausuren in Bad Hersfeld durch.

- Begleitung der DGB Mindestlohnkampagne bis zum Erfolg.
- Verhinderung von Altersarmut, Stärkung der GRV, Unterstützung der DGB Kampagne „Rente muss zum Leben reichen“ und „Altersarmut verhindern“.
- Gesundheit und Pflege, hier das Pflegestärkung-Gesetz I,II und III.
- Altengerechtes Bauen und Wohnen, sozialer Wohnungsbau
- Erarbeitung von Stellungnahmen für die Anhörung zu Gesetzesvorhaben
Senioren-relevanter Themen wie zum Beispiel der Novellierung des Thüringer
Seniorenmitwirkungsgesetzes.
- Vernetzung mit Seniorenorganisationen, Seniorenbeiräten, Verbänden und Gremien.
- Verbraucherschutzpolitik.
- Teilnahme am Deutschen Seniorentag der BAGSO 2015 in Frankfurt/Main.
- Gesellschaftliches Engagement, Stärkung des Ehrenamtes sowie
Generationen-übergreifende Partizipation.
- Gute Arbeit und ein Lebensbegleitendes Lernen durch bessere Bildung.
- Mitarbeit im Arbeitskreis Senioren beim DGB Bundesvorstand.

Von den Gewerkschaften und den DGB-Regionen wurden im Berichtszeitraum nachfolgende Seniorinnen und Senioren für den DGB Bezirksseniorenausschuss berufen:

Gewerkschaft	Mitglied	Vertreter/in
ver.di	Burkhardt, Hilmar	Röder, Rita
EVG	Prack, Georg-Rudolf	Roth, Wolfgang
GdP	Dieter, Johannes	Dobrindt, Harald
GEW	Fent, Marliese	Matysik, Gabriele
IG-BAU	Eich, Josef	Eiden, Sigurd
NGG	Schroeter-Herbst, Ursula	Schreiber, Heidrun
IG Metall		
IG BCE	Weber, Arnold	Kegler, Ursula

DGB-Region	Mitglied	Vertreter/in
Frankfurt-Rhein-Main	Homeyer, Heinz	Sparkuhle, Sabine
Mittelhessen	Klausmann, Julius	Schöne, Gertrud
Nordhessen	Rübsam, Hajo	Becker, Elfriede
Südhessen	Schwarz, Ursula	Nürnberg, Bernd
Südosthessen	Schüttpelz, Eberhard	Benölken, Ellen
	Holzwarth, Werner	
Thüringen	Linke, Siegfried	

Vorsitzender	Schüller Klaus	
DGB Bezirk	Stolzenberg, Rüdiger	

DGB Intern

Das
machen
wir.

DGB

Stadt- und Kreisverbände

Im Bezirk arbeiten in Hessen 22 und in Thüringen 20 Stadt- und Kreisverbände. Die ehrenamtlichen Kolleginnen und Kollegen sind das Gesicht des DGB vor Ort. Unterstützt von den Regionsbüros nehmen sie vielfältige Aufgaben wahr, in deren Rahmen sie die politischen Interessen des DGB und seiner Mitgliedsgeverschaften auf der kommunalen Ebene vertreten.

Die Erfahrungen aus den letzten Jahren belegen, dass sich diese Struktur bewährt hat und die Stadt- und Kreisverbände integraler Bestandteil des DGB geworden sind. Die zahlreichen und vielfältigen Veranstaltungen im gesamten Bezirk und nicht zuletzt das gemeinsame Engagement für die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns oder auch im Rahmen der Rentenkampagne im Vorfeld der Bundestagswahl 2017 sind Beleg dafür.

Durch regionale und bezirkswerte Tagungen wird ein regelmäßiger Austausch zwischen den Stadt- und Kreisverbänden und der bezirklichen Ebene gewährleistet. Um eine bessere Vernetzung untereinander und eine intensivere inhaltliche Arbeit zu ermöglichen, findet mindestens eine der Tagungen zweitägig statt.

Personalentwicklung

Gemeinsam arbeiten.

Im Berichtszeitraum wurden die Ergebnisse der Arbeitsgruppe Qualitäts- und Aufgabenüberprüfung (AQuA) in den Bezirken umgesetzt. Folgen waren unter anderem eine Reduzierung der Stellen und die Ausarbeitung von Stellenplänen, die seit Anfang 2017 nun für die Bezirke verbindlich sind.

Insgesamt sind im Bezirk Hessen-Thüringen aktuell 76 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt, davon 29 Kolleginnen und Kollegen in Teilzeit. Neben den sechs Geschäftsführerinnen und Geschäftsführern arbeiten 17 Gewerkschaftssekretärinnen und -sekretäre für organisationspolitische Aufgaben. 14 Verwaltungsangestellte unterstützen die Arbeit in insgesamt zwölf Regionsbüros.

In der Bezirksverwaltung und der Landesvertretung arbeiten 23 Kolleginnen und Kollegen - neben dem geschäftsführenden Vorstand sind dies neun Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleiter, politische Sekretärinnen und Sekretäre sowie 14 Verwaltungsangestellte und Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter. 14 Kolleginnen und Kollegen arbeiten darüber hinaus in der Abteilung Jugend, in der Bezirksverwaltung und in den Regionen.

Gewerkschaftliche Einrichtungen



Technologieberatungsstelle für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beim

DGB Hessen-Thüringen e.V. (aufgelöst)

Als eingetragener Verein, bestehend aus Mitgliedern der DGB-Gewerkschaften und Einzelpersonen, unterstützte und beriet die TBS seit ihrer Gründung 1987 Betriebs- und Personalräte sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Industriebetrieben, Dienstleistungsunternehmen, öffentlichen Institutionen und Gewerkschaften bei Fragestellungen aus verschiedenen Kompetenzfeldern. Dazu gehörten u. a. Innovations- und Veränderungsprozesse, Gestaltungs- und Schutzaufgaben, Zielfindung für die Interessenvertretung oder Beratung von Gremien bei der Organisation und Effektivierung ihrer Zusammenarbeit.

Der Verein zur Technologieberatung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beim DGB Bezirk Hessen-Thüringen e.V. wurde im Berichtszeitraum aufgelöst. Der DGB bedauert die Entwicklung außerordentlich, da die Arbeitnehmerperspektive in der Unternehmensberatungslandschaft in Hessen und Thüringen geschwächt wird. Jedoch ist der Beratermarkt heiß umkämpft. Die Nachfrage nach dem arbeitnehmerorientierten Angebot der TBS ist in den vergangenen Jahren zu massiv zurückgegangen, ebenso wie die Förderung aus öffentlichen Mitteln, so dass der Verein sich nicht mehr selbst getragen hat. Ende 2014 wurde daher die Abwicklung und Auflösung des Vereins beschlossen. Im Sommer 2017 erfolgte die endgültige Löschung aus dem Vereinsregister.

DGB-Bildungswerk Hessen e.V.

www.dgb-bildungswerk-hessen.de



Als gemeinnützige Bildungseinrichtung des DGB Hessen, der DGB-Gewerkschaften und des Berufsfortbildungswerkes (bfw) führt das DGB-Bildungswerk auf örtlicher und überregionaler Ebene Tages-, Wochen- und Wochenendlehrgänge sowie Seminarreihen durch. Zu den Arbeitsfeldern gehören beispielsweise gesellschaftspolitische Bildung, Frauenbildungsarbeit, Familienbildung, Qualifizierung für Ehrenamt, Betriebs- und Personalräte und europäische Bildungsarbeit.

DGB-Bildungswerk Thüringen e.V.

www.dgb-bwt.de



Das DGB-Bildungswerk Thüringen e. V. (bwt) ist ein gemeinnütziger Verein und anerkannter Träger der Erwachsenenbildung in Thüringen. Gegründet wurde das bwt im Jahre 1990 von engagierten BildungsarbeiterInnen. Das bwt arbeitet im Landeskuratorium für Erwachsenenbildung in der Landesorganisation der Freien Träger in der Erwachsenenbildung Thüringen (LOFT) e. V. aktiv mit.

Kulturbund des DGB Darmstadt e.V. i.L.

www.kulturbund-dgb.de

Im Sommer 2017 war es soweit: Die letzten Azubis verließen nach ihren absolvierten Prüfungen die außerbetriebliche Ausbildungsstätte des DGB in Darmstadt. Von noch 50 Auszubildenden zu Beginn des Jahres 2017 konnten fast alle (1 Wiederholer) ihre Ausbildungsgänge erfolgreich abschließen; kaufmännische Berufe mit IHK Zertifikat- in Voll- und Teilzeit, Logistikfachkräfte, Einzelhandelskaufleute.



Seit 1975 bot der ‚Kulturbund‘ Jugendlichen mit Behinderung oder gesundheitlichen Beeinträchtigungen (als ‚wohnortnahe berufliche Rehabilitationseinrichtung‘) eine fundierte und vollwertige kaufmännische Berufsausbildung und damit die Chance auf eine Integration in den Arbeitsmarkt. In Hochzeiten waren mehr als 100 Azubis und 15 AusbilderInnen und Sozialpädagoginnen beschäftigt. Bis 1990 bestand darüber hinaus eine Ausbildungsstätte in Dieburg für gewerblich-technische Berufe.

Mit der Schließung der außerbetrieblichen Ausbildungsstätte endet ein jahrzehntelanger Kampf um ausreichende Haushaltsmittel der Bundesagentur für Arbeit für eine qualitativ hochwertige Ausbildung für junge Erwachsene mit gesundheitlichen Einschränkungen oder Behinderungen. Das 1969 erlassene Berufsbildungsgesetz schuf die rechtliche Grundlage für die Finanzierung von Bildungsmaßnahmen für diese Zielgruppe. Durch Haushaltskürzungen der BA in den 90er Jahren und zu Beginn des neuen Jahrtausends mussten schon in diesen Jahren Einschränkungen des Bildungsangebotes vorgenommen werden. Verschärft wurde die Situation durch eine veränderte Einkaufspolitik seit 2005/2006, die in zentralen Ausschreibungsverfahren erfolgt und weniger Ausbildungsqualität, Vermittlungsquoten, Erfahrung und Qualifikation der Bildungsträger, tarifvertragliche Vergütung der Beschäftigten bewertet, als vielmehr den Preis zum alleinigen Kriterium erhebt.

Auf Dauer konnte dieser dadurch eingeläutete „Dumpingwettbewerb“ nicht erfolgreich gestaltet werden. Nach drei verlorenen Ausschreibungen im Sommer 2015 war dann auch folgerichtig das Kerngeschäft des Kulturbundes - die integrative und kooperative Ausbildung von Rehabilitanten und gesundheitlich beeinträchtigten Menschen - vollständig weggebrochen. Aus diesem Grund musste im November 2016 die Entscheidung zur Schließung des Kulturbundes und seiner Ausbildungsstätte zum 30.06.2017 getroffen werden.



MOBIT e.V.

www.mobit.org

Der Verein MOBIT e.V. ist Träger der Mobilen Beratung in Thüringen „Für Demokratie – Gegen Rechtsextremismus“. Das Beratungsangebot ist speziell zu den Themen Neonazismus, extreme Rechte, Rassismus und Antisemitismus und erfolgt interaktiv – es setzt an den Wünschen, Bedürfnissen und Kompetenzen der lokalen Akteure an.



NDC

www.netzwerk-courage.de

Das Netzwerk für Demokratie und Courage e.V. (NDC) setzt seit 1999 demokratiefördernde Bildungsarbeit an Schulen und Ausbildungseinrichtungen um. Ziel der Arbeit ist es, Rassismus abzubauen und klar gegen menschenverachtende Äußerungen aufzutreten. Der DGB und die DGB-Jugend arbeiten in Hessen und Thüringen aktiv im NDC mit.



Arbeit und Leben Hessen

www.aul-hessen.de

Arbeit und Leben Hessen ist eine bundes- und landesweit anerkannte Einrichtung der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung. Ein Schwerpunkt der Bildungsarbeit sind Bildungsurlaubsveranstaltungen zu den unterschiedlichsten Themen im In- und Ausland. Die Inhalte der Bildungsarbeit von Arbeit und Leben ergeben sich aus der gesellschaftlichen, politischen und sozialen Situation und den Interessen von Menschen im Spannungsfeld von Arbeiten und Leben.



Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt – Darmstadt

www.kooperationsstelle-darmstadt.de

Die Kooperationsstelle Wissenschaft & Arbeitswelt Darmstadt ist eine gemeinsame Einrichtung der Technischen Universität Darmstadt (TUD), der Hochschule Darmstadt (h-da), des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), sowie der Einzelgewerkschaften IG Metall, Verdi, GEW und IG BAU. Ziel ist der Aufbau einer dauerhaften Vernetzung und Kooperation. Weiter möchte die Kooperationsstelle Impulse geben, um die Situation in Studium und Lehre zu verbessern und die betriebliche Arbeitswelt humaner zu gestalten.



Kooperationsstelle Hochschule und Gewerkschaften- Kassel

www.uni-kassel.de

Seit 2008 gibt es auch an der Universität Kassel eine Kooperationsstelle mit den DGB-Gewerkschaften. Die Kasseler Kooperationsstelle ist Teil des bundesweiten Netzwerks der Kooperationsstellen und arbeitet auch mit den Hochschulinformationsbüros und Students at Work zusammen.



Kooperationsstelle Hochschule und Gewerkschaften- Frankfurt-Rhein-Main

www.kooperationsstelle-frankfurt-rhein-main.de

Die Kooperationsstelle bringt wissenschaftliches Wissen der Hochschulen in der Region zusammen mit dem Erfahrungswissen der arbeitenden Menschen in den Betrieben und Verwaltungen der Region. Sie fungiert als wichtige Vermittlerin, als Bindeglied oder Schnittstelle zwischen Hochschulen und Gewerkschaften (Scharnierfunktion) in der Region Frankfurt-Rhein-Main.

Bezirksvorstand

Benennung der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder der Gewerkschaften und Personengruppen für den DGB-Bezirksvorstand Hessen-Thüringen:

Gewerkschaften	ordentliches Mitglied	Stellvertreter/in
IG BAU	Hannes Rosenbaum	Mirko Hawighorst
IG BCE	Volker Weber	Osman Ulusoy
EVG	Andreas Schäfer	Steffi Recknagel
GEW	Maike Wiedwald	Kathrin Vitzthum
IG Metall	Jörg Köhlinger	Michael Ebenau
NGG	Uwe Hildebrandt	Peter-Martin Cox
GdP	Andreas Grün	Kai Christ
ver.di	Jürgen Bothner	Oliver Greie

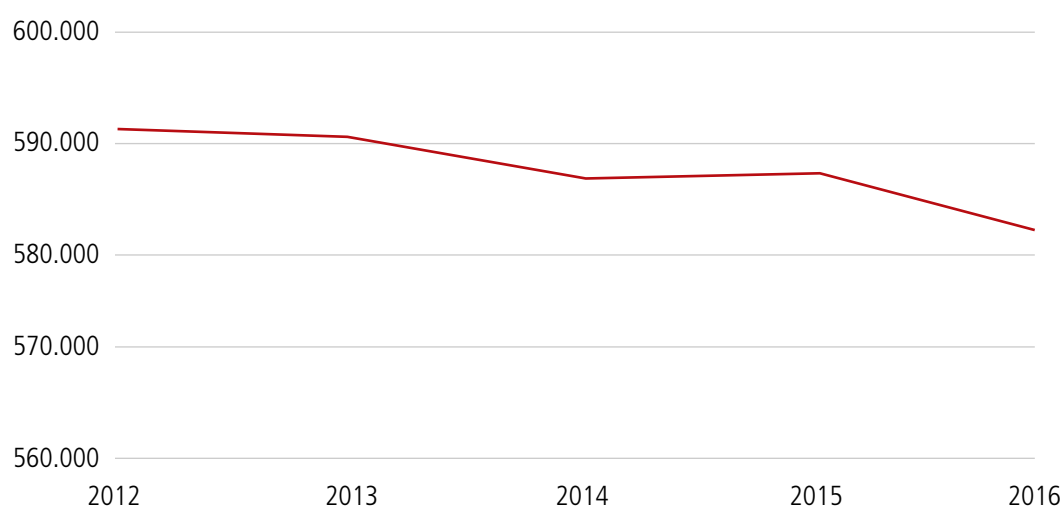
Personengruppe	ordentliches Mitglied	Stellvertreter/in
Frauen	Elke Heydrich	Mathilde Meyer
Jugend	Johannes Feutlinske	Tobias Cepok

Mitgliederentwicklung

Während die Zahl der männlichen Mitglieder im Berichtszeitraum deutlich abnahm, konnten die Gewerkschaften über 1.700 Kolleginnen hinzugewinnen.

Dennoch war die Entwicklung insgesamt etwas negativer als der Trend auf Bundesebene. Ende 2013 waren 590.665 Kolleginnen und Kollegen Mitglied in einer der DGB-Gewerkschaften. Ende 2016 zählten die Gewerkschaften im Bezirk noch 577.418 Mitglieder.

Gewerkschaftsmitglieder im DGB Hessen-Thüringen von 2013 bis 2016 (jeweils zum 31.12.)



Jahresübersicht Bezirksverwaltung Hessen-Thüringen und Landesbüro Thüringen

	2013	2014	2015	2016
Einnahmen				
Einnahmen (Beiträge / HM)	1.227.000 €	1.227.000 €	1.259.000 €	1.277.000 €
Sonstige Einnahmen	12.856,31 €	1.557,42 €	4.420,49 €	1.278,05 €
Zinseinnahmen	1.389 €	686,51 €	3,08 €	38,33 €
Summe Einnahmen	1.241.245,31 €	1.229.243,93 €	1.263.423,57 €	1.278.316,38 €
Ausgaben				
Miete	342.477,85 €	351.574,54 €	378.507,47 €	362.505,39 €
Mietnebenkosten	187.705,58 €	200.721,53 €	206.599,17 €	196.825,81 €
Porto / Frachten	27.431,52 €	22.043,79 €	19.100,44 €	22.376,69 €
Telefon	39.425,73 €	38.944,33 €	38.827,43 €	36.653,83 €
Telefax	39,26 €	0,00 €	0,00 €	71,40 €
Internetkosten	54.020,28 €	53.327,63 €	46.028,00 €	53.780,01 €
Büromaterial	19.632,55 €	20.374,05 €	18.305,95 €	18.644,47 €
Kopierkosten	38.004,41 €	33.014,79 €	42.134,68 €	31.996,09 €
Druckkosten	8.351,67 €	7.935,07 €	8.259,78 €	4.770,47 €
Zeitschriften / Bücher	24.526,71 €	23.621,81 €	25.262,34 €	28.119,29 €
KFZ-Anschaffungen	53.860,57 €	61.249,98 €	58.463,16 €	55.966,81 €
KFZ-Betriebskosten	46.724,04 €	58.210,86 €	51.078,85 €	47.930,84 €
Reisekosten	53.482,35 €	57.718,13 €	55.711,86 €	60.479,81 €
Personalnebenkosten	13.414,52 €	42.543,10 €	43.804,07 €	27.220,55 €
Instandhaltung	25.222,98 €	5.505,12 €	6.767,20 €	27.168,36 €
Versicherungen	3.343,95 €	3.419,20 €	3.394,43 €	3.453,83 €
Inventaranschaffungen	28.555,28 €	31.995,59 €	40.145,60 €	33.630,06 €
Beiträge	5.518,49 €	5.324,49 €	4.909,49 €	5.276,42 €
Sonst. Verwaltungskosten	10.427,32 €	11.444,12 €	12.116,67 €	17.086,79 €
Konferenzen und Tagungen	78.134,61 €	53.570,39 €	30.570,12 €	35.679,93 €
Pers.Gruppen Jugend	9.696,25 €	6.473,37 €	7.164,96 €	5.797,23 €
Pers.Gruppen Frauen	6.980,84 €	12.471,24 €	4.248,33 €	7.080,17 €
Arbeitskreise	9.730,91 €	15.478,39 €	8.550,73 €	11.945,30 €
Bildungsarbeit	8.951,28 €	8.813,50 €	9.227,30 €	14.220,50 €
Sozialpolitik	6.642,10 €	13.143,75 €	3.070,09 €	7.173,46 €
Sonst. Veranstaltungen	182.168,79 €	169.523,94 €	288.655,84 €	325.188,36 €
Jahresergebnis SV/KV	-19.671,39 €	21.726,66 €	14.215,10 €	8.860,18 €
Summe Ausgaben	1.264.798,45 €	1.330.169,37 €	1.425.119,06 €	1.449.902,05 €
Differenz (Einnahmen minus Ausgaben)	-23.553,14 €	-100.925,44 €	-161.695,49 €	-171.585,67 €
Sonderkosten Abwicklung TBS			160.000,00 €	132.210,00 €

Bericht der Revisionskommission

Die Delegierten der Bezirkskonferenz des DGB Hessen-Thüringen haben im Januar 2014 in Bad Hersfeld die ehrenamtliche Revisionskommission (eRK) in der Besetzung

- Hildegard Fritz
- Günther Schmidt
- Ingo Rotsche

gewählt.

Zwischenzeitlich wurden durch uns 10 Revisionen, darunter eine unangekündigte, in der Kasse/Buchhaltung des DGB-Bezirks Hessen – Thüringen durchgeführt. Die Belege des baren und unbaren Zahlungsverkehrs wurden lückenlos gesichtet und auf formale Mängel hin, d. h. Zweckgebundenheit der Ausgaben, sachliche und rechnerische Prüfung als auch Anordnung, geprüft. Weiterer Prüfungsgegenstand war die Feststellung der Übereinstimmung der Aktiva und Passiva mit den Giro- und Festgeldauszügen und der baren Kasse.

Erfreuliches Ergebnis dieser Prüfungen ist:

1. Alle Prüfungen ergaben keine Differenz zwischen den ausgewiesenen Salden in der Aktiva/Passiva und den Bargeld-/Kontenguthaben.
2. Alle kontrollierten Belege waren ordnungsgemäß in der Buchhaltung erfasst.
3. Die Jahresabschlüsse wurden ordnungsgemäß und fristgerecht erstellt.
4. Alle Nachfragen zu einzelnen Buchungsvorgängen wurden durch die zuständigen Kolleginnen und Kollegen zur vollsten Zufriedenheit beantwortet.

Zum Ende der durchgeführten Revisionen wurde durch die ehrenamtliche Revisionskommission jeweils ein Protokoll gefertigt, welches zusammen mit den Kassenbestandsaufnahmen dem Bezirksvorstand als auch dem Bundesvorstand übersandt wurde.

Die Prüfung der Finanzgeschäfte ergab keine Ungereimtheiten und somit steht einer Entlastung der Gremien nichts im Wege.

Im Rahmen unserer Prüftätigkeit stieß die eRK immer wieder auf fehlende Anwesenheitslisten. Hier bitten wir darum, dass die Veranstalter darauf achten, dass diese zusammen mit der Abrechnung eingereicht werden. Es kann nicht Aufgabe der Buchhaltung sein, den Anwesenheitslisten „hinterher zu telefonieren“. Schwerpunkte der Prüfung in den letzten Jahren waren neben den Honorarverträgen, die zeitgerechte Abrechnung von Bargeldvorschüssen sowie die Mietverträge.

Ab dem Geschäftsjahr 2017 gibt es für die Buchhaltung neue Herausforderungen. So sind bei einer Reihe von Buchungsvorgängen nun gesonderte Steuerbuchungen vorzunehmen. Das Verfahren scheint noch nicht ganz rund zu sein. Die nächste eRK sollte sich daher dieses Themas annehmen, ob hier alle Abteilungen an einen Strang ziehen und nicht die Buchhaltung allein gelassen wird.

Unser Dank für die angenehme und für Sie bestimmt nicht immer einfache Zusammenarbeit, gerade im Hinblick auf unsere vielen Detailfragen, gilt der Kollegin Schrey. Kollegin Schrey und ihre Kolleginnen haben einen nicht unerheblichen Anteil an diesem positiven Rechenschaftsbericht zur Führung der Ordnungsmäßigkeit des Rechnungswesens des DGB Hessen-Thüringen.

Erledigungsvermerke





DGB-Bezirk Hessen-Thüringen

Erledigungsvermerke (4. ordentliche Bezirkskonferenz)

Sachgebiete

- Antragsblock A
Für eine Neue Ordnung der Arbeit

- Antragsblock B
Gute Bildung

- Antragsblock C
Für einen handlungsfähigen Staat

- Antragsblock D
Dienstleistungs- und Industriepolitik

- Antragsblock E
Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik

- Antragsblock F
Solidarisch in die Zukunft

- Antragsblock G
Organisationspolitik

Antragsblock A

A 01 / A01-A02 / Tariftreue- und Vergabegesetz

DGB-Bezirksvorstand Hessen-Thüringen

erledigt; DGB hat das Gesetzgebungsverfahren in Hessen kritisch begleitet. Wir fordern weiter ein gutes Vergabegesetz.

A 02 / Tariftreuegesetze – Ausschreibungen

DGB-Jugend Hessen-Thüringen / Material zu A 01

A 03 / A03-A08 / Leiharbeit

DGB-Jugend Hessen-Thüringen / Weiterleitung an OBK

A 04 / Abbau des Missbrauchs von Leiharbeit

DGB-KV Hersfeld-Rotenburg / Material zu A 03

A 05 / Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes

DGB-KV Sömmerda / Material zu A 03

A 06 / Antrag zur Regulierung von Leiharbeit

DGB-KV Wartburgkreis-Eisenach / Material zu A 03

A 07 / Keine unternehmenseigene Leih- und Zeitarbeitsfirmen!

DGB-Jugend Hessen-Thüringen / Material zu A 03

Wer Bedarf hat, muss einstellen / Material zu A 03

A 08 / Keine Verlängerung der Tarifverträge für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter

DGB-KV Darmstadt-Dieburg / Ablehnung

A 09 / A09-A15 / Für einen zukunftsfähigen öffentlichen Dienst

DGB-Bezirksvorstand Hessen-Thüringen /

erledigt, die im Antrag A09 aufgestellten Forderungen sind z.B. in die jährlich erschienenen „Gewerkschaftlichen Forderungen an den Landeshaushalt in Hessen“ eingeflossen, sie sind auch Grundlage von Stellungnahmen und der DGB-Kampagne „Für einen starken öffentlichen Dienst“. Im Bereich der Arbeitszeit konnte in Hessen mit der Reduzierung von 42 auf 41 Stunden ein Teilerfolg erzielt werden.

A 10 / Personal im Landesdienst Hessen

DGB-KV Schwalm Eder / siehe A 09

A 11 / Rückkehr in die TdL

DGB-KV Schwalm Eder / siehe A 09

A 12 / Rückkehr in die Tarifgemeinschaft der Länder

DGB-KV Werra-Meißner / siehe A 09

A 13 / Ein besseres Hessisches Personalvertretungsgesetz

DGB-KV Schwalm-Eder /

erledigt mit Änderung HPVG (12/2015)

A 14 / Verbesserungen im Hessischen Personalvertretungsgesetz

DGB-KV Werra-Meißner / siehe A 13

A 15 / Einführung/Rückkehr zur 40 Stunden-Woche für Beamte

DGB-KV Werra-Meißner / siehe A 09

A 16 / A16-A18 / Sonntagsschutz ist Arbeitsschutz

DGB-Bezirksvorstand Hessen-Thüringen /

regelmäßiger Bestandteil der Arbeit in den Ländergremien und Bündnissen

A 17 / Sonn- und Feiertagsarbeit auf das gesellschaftlich Notwendige begrenzen – „Wo Arbeitnehmerschutzrechte und wirtschaftliche Interessen aufeinandertreffen, versagt das Prinzip der Subsidiarität“

IG Metall Thüringen / Material zu A 16

A 18 / Begrenzung der Sonn- und Feiertagsarbeit in Thüringen und anderswo

DGB-KV Sömmerda / Material zu A 16

A 19 / A19-A21 / Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit als Bestandteil des Projekts Gute Arbeit

DGB-KV Darmstadt-Dieburg / Weiterleitung an OBK

A 20 / Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit auf mindestens 35 Stunden

DGB-KV Darmstadt-Dieburg / siehe A 19

A 21 / Einführung der 30 Stunden Woche

DGB-Jugend Hessen-Thüringen / siehe A 19

A 22 / A22-A28 / Prekäre Beschäftigung und Mindestlohn

DGB-KV Schwalm-Eder / Weiterleitung an OBK

A 23 / 10 Euro Mindestlohn

DGB-KV Gera / Material zu A 22

A 24 / Erhöhung der Mindestlohnforderung auf 10,00 Euro

DGB-KV Weimar / Weimarer Land / Material zu A 22

A 25 / Erhöhung der Forderung des gesetzlichen Mindestlohns

DGB-KV Gotha / ver.di OV Gotha / Material zu A 22

A 26 / Erhöhung der Mindestlohnforderung auf 10,50 Euro

DGB-KV Wartburgkreis-Eisenach / Material zu A 22

A 27 / Mindestlohn

DGB-KV Limburg-Weilburg / Material zu A 22

A 28 / Mindestlohn

DGB-KV Bergstraße / Material zu A 22

DGB-KV Darmstadt-Dieburg

DGB-KV Groß-Gerau

DGB-KV Odenwald

DGB-SV Darmstadt

A 29 / A29-A31 / Ausbildungsquote

DGB-KV Kassel / Weiterleitung an OBK,
dort erledigt durch Annahme von C002 (OBK)

A 30 / Ausbildungsquote

DGB-KV Werra-Meißner / siehe A 29

A 31 / Ausbildungsquote

DGB-Jugend Hessen-Thüringen / siehe A 29

A 32 / Schaffung von Ausbildungsplätzen und Einsatz für besseren Unterricht an Schulen

DGB-KV Limburg-Weilburg / Materialannahme

A 33 / Ausbildung im Landkreis Hersfeld-Rotenburg

DGB-KV Hersfeld-Rotenburg / Materialannahme

A 34 / Ausbildung und unbefristete Übernahme gehören zusammen

DGB-Jugend Hessen-Thüringen

Der Antrag stellte im Kern drei Forderungen auf:

1. Verankerung der unbefristeten Übernahme in Berufsbildungsgesetz und Krankenpflegegesetz.
2. Einforderung der unbefristeten Übernahme in den Tarifverträgen.
3. in den Tarifverträgen Abrücken von der Übernahmeforderung zugunsten (einer höheren) Ausbildungsquote.

Zu 1: Im Berichtszeitraum gab es keine Novellierungsrunde des Berufsbildungsgesetz. Die Forderung müsste in die Aktivitäten zur kommenden Novelle aufgenommen werden.

zu 2: Die Forderung fällt in die Handlungskompetenz der Mitgliedsgewerkschaften.

zu 3: dito

A 35 / Finanzierung von Ausbildung / Ausbildung muss zum Leben reichen

DGB-Jugend Hessen-Thüringen

Das Begehren des Antrags war Bestandteil der Regularien

A 36 Ausbildungsqualität statt Ausbildungsreife

DGB-Jugend Hessen-Thüringen / Materialannahme

A 37 / A37-A38 / Nein zur „Schmalspurausbildung“

DGB-Jugend Hessen-Thüringen

Die Zahl zweijähriger Ausbildungen konnte auf niedrigem Niveau gehalten werden. Mit der Anwendung der Rahmenrichtlinie des BI-BB-Hauptausschusses zu den Fachpraktikerausbildungen wurde die Auslegung der § 66 BBiG und § 42m HwO klarer gefasst.

A 38 / Nein zur „Schmalspurausbildung“

DGB-KV Werra-Meißner / siehe A 37

A 39 / Mehr Geld für die (Aus)Bildung

DGB-Jugend Hessen-Thüringen / Material zu C 01

A 40 Für eine gesetzliche und tarifliche Regulierung der Ausbildungsverhältnisse von Dual Studierenden

DGB-KV Kassel / Materialannahme

A 41 / Alle Azubis können JAV!

DGB-Jugend Hessen-Thüringen / Materialannahme

A 42 / Altersfreizeit/Altersteilzeit

DGB-KV Darmstadt-Dieburg / Material zu E 01

A 43 / Wiedereinführung des Altersteilzeitgesetzes

DGB-Bezirksfrauenkonferenz / Materialannahme

A 44 / A44-A47 / Politischer Streik

DGB KV-Kassel / Weiterleitung an OBK

A 45 / Einsatz für ein umfassendes politisches Streikrecht

DGB-KV Weimar/Weimarer Land / Material zu A 44

A 46 Politischer Streik

DGB-Jugend Hessen-Thüringen / Material zu A 44

A 47 / Politischer Streik /

DGB-KV Werra-Meißner / Material zu A 44

A 48 / Für eine eigenständige Existenzsicherung von Frauen und selbstständige Erwerbsbiografien

DGB-Bezirksfrauenkonferenz / Weiterleitung an OBK

A 49 / Anwendung von eg-check

DGB-Bezirksfrauenkonferenz / Weiterleitung an OBK

A 50 / Änderung SGB IX im Sinne der UN Behindertenrechtskonvention

DGB-KV Hersfeld-Rotenburg / Weiterleitung an OBK

A 51 / Änderung § 29 TV-H Absatz 1 Buchstabe e) bb) Alter der zu pflegenden erkrankten Kindern vom 12. vollendeten Lebensjahr auf das 14. vollendete Lebensjahr und gleichzeitig der Anspruch auf Dienstbefreiung von vier auf fünf Arbeitstage im Kalenderjahr erhöht wird

DGB-Bezirksfrauenkonferenz

erledigt, der Antrag fällt in das Handlungsfeld der zuständigen Mitgliedsgewerkschaft

A 52 / Änderung § 29 TV-H Absatz 1 Buchstabe e) cc) Alter der zu pflegenden erkrankten Kindern vom 8. vollendeten Lebensjahr auf das 14. vollendete Lebensjahr und gleichzeitig der Anspruch auf Dienstbefreiung von vier auf fünf Arbeitstage im Kalenderjahr erhöht wird

DGB-Bezirksfrauenkonferenz

erledigt, der Antrag fällt in das Handlungsfeld der zuständigen Mitgliedsgewerkschaft

A 53 / Abschaffung der sachgrundlosen Befristung

DGB-KV Darmstadt-Dieburg / Weiterleitung an OBK

A 54 / Sockelbetrag bei Tarifverhandlungen der Gewerkschaften

DGB-KV Darmstadt-Dieburg / Nichtbefassung

A 55 / Gleiche Erhöhung der Löhne und Gehälter

DGB-KV Limburg-Weilburg / Nichtbefassung

Antragsblock B

B 01 / Gute Bildung – Ein Leben lang!

DGB-Bezirksvorstand Hessen-Thüringen

Die vielfältigen Aspekte des Antrags waren leitend in der Alltagsarbeit. Aus den Antragsumsetzungen ragt die Durchsetzung des Hochschulzugangs für Absolventen einer Berufsausbildung besonders heraus.

B 02 / Betreuungssituationen an Schulen

DGB-KV Hersfeld-Rotenburg

Der Antrag zielt auf die Situation Hessen. Hier hat das Land den angesprochenen Missstand (unterschiedliche Arbeitsbedingungen im Bereich der Mittags- und Nachmittagsbetreuung) durch den Pakt für den Nachmittag eher noch verschärft.

B 03 / B03-B04 / Kinder sind die Zukunft unserer Gesellschaft – Rücknahme KiföG

DGB-Bezirksfrauenkonferenz

Die geforderte Rücknahme des hessischen KiföG, konnte mit dem im Landtag bestehenden Mehrheiten nicht durchgesetzt werden.

B 04 / Kinderbetreuung / Hessisches Kinderförderungsgesetz

DGB-KV Schwalm-Eder / siehe B 03

B 05 / Gewerkschaft an Schulen präserter machen

DGB-Jugend Hessen-Thüringen / Materialannahme

101 / Bildungsfreistellungsgesetz Thüringen

GEW Thüringen

erledigt; das Thüringer Bildungsfreistellungsgesetz (ThürBfG) wurde am 15.07.2015 ausgefertigt und ist seit dem 01.01.2016 in Kraft.

Antragsblock C

C 01 / C01-C03 / Aktiver Staat

DGB-Bezirksvorstand Hessen-Thüringen

erledigt; die Forderungen sind in die jährlich erscheinenden „Gewerkschaftlichen Forderungen an den Landeshaushalt“ eingeflossen; sie sind zudem Gegenstand der DGB-Verteilungstagung im September 2016 sowie von zwei Kommunalfinanzveranstaltungen im Jahr 2015 gewesen.

C 02 / Privatisierungen entgegenwirken

DGB-Jugend Hessen-Thüringen / Material zu C 01

C 03 / Privatisierungen entgegenwirken

DGB-KV Werra-Meißner / erledigt, siehe Begründung zu Antrag C 01.

C 04 / C04-C06 / Kommunen müssen „Fair-Trade-Towns“ werden!

DGB-SV Frankfurt am Main

Der DGB-Bezirk setzt sich im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie dafür ein, dass mehr Kommunen „Fair Trade Towns“ werden. Er ist im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie Mitglied in den Steuerungskreisen „Nachhaltiger Konsum“, „Klimaschutz- und Klimawandelanpassung“ sowie „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“. Darüber hinaus engagiert er sich in der Task Force „Ziele und Indikatoren“.

C 05 / Fair Trade in Kommunen

DGB-KV Groß-Gerau / siehe C 04

C 06 / Kommunen müssen „Fair-Trade-Towns“ werden

DGB-KV Weimar/Weimarer Land / siehe C 04

C 07 / Wasser ist Menschenrecht!

DGB-Jugend Hessen-Thüringen

Weiterleitung an den BuVo; Gegen eine Privatisierung der Wasserversorgung wurde sich beim OBK z.B. in Antrag E001 „Für einen handlungsfähigen Staat und eine gerechte Steuerpolitik“ ausgesprochen. Der Antrag des DGB-Bundesjugendausschusses E002 „Gegen Privatisierung sozialer und öffentlicher Einrichtungen“ wurde als Material für den Antrag E001 angenommen.

C 08 Für eine öffentliche und preiswerte Wasserversorgung

DGB-Bezirksfrauenkonferenz / siehe C 07

Antragsblock D

D 01 / Klares Bekenntnis zum Beschäftigungsstandort in Industrie und Dienstleistungen

DGB-Bezirksvorstand Hessen-Thüringen

Der Antrag wurde beim OBK als Material (O 002) angenommen und ist in den Antrag O 001 „Strukturwandel in Industrie und Dienstleistungen gestalten“ eingeflossen. Auf bezirklicher Ebene ist der Antrag in sämtliche Aktivitäten im Rahmen der Strukturpolitik (Lobbyarbeit ggb. Landesregierung, Öffentlichkeitsarbeit, interne und externe Gremienarbeit, Veranstaltungen, Publikationen, usw.) eingeflossen. Branchenschwerpunkte: Energie-, Verkehrs- und Digitalisierungspolitik.

D 02 / Dienstleistungspolitik für gute Arbeit

DGB-Bezirksvorstand Hessen-Thüringen

Auf bezirklicher Ebene ist der Antrag in sämtliche Aktivitäten im Rahmen der Strukturpolitik (Lobbyarbeit ggb. Landesregierung, Öffentlichkeitsarbeit, Gremienarbeit, Veranstaltungen, Publikationen, usw.) eingeflossen. Branchenschwerpunkte: Energie-, Verkehrs- und Digitalisierungspolitik.

D 03 / „Gute Arbeit“ in der Strukturpolitik

DGB-Bezirksvorstand Hessen-Thüringen

DGB-Studie „Soziale Kriterien in der Strukturpolitik, Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit insbesondere im Rahmen des EFRE-Begleitausschusses

D 04 / Fracking ist keine Möglichkeit der Energieversorgung

DGB-KV Waldeck-Frankenberg

Der Antrag wurde beim OBK als Material P003 zu dem Antrag P001 „Die Energiewende sozial gestalten“ angenommen.

Antragsblock E

E 01 / E01-E20 / Qualität und Zuverlässigkeit in der sozialen Absicherung

DGB-Bezirksvorstand Hessen-Thüringen

grundlegender Bestandteil der Arbeit in den maßgeblichen Gremien

E 02 / Einführung einer Bürgerversicherung

DGB-KV Limburg-Weilburg / Material zu E 01

E 03 / Finanzielle Mittel der Arbeitsförderung – Sanktionen beim SGB II abschaffen

DGB-KV Schwalm-Eder / siehe E 01

E 04 / Hartz IV Sanktionen abschaffen

DGB-KV Gera / siehe E 01

E 05 / Zukunft der Rente

DGB-KV Groß-Gerau / Material zu E 01

E 06 / 45 rentenpflichtige Beitragsjahre – abschlagsfreier – altersunabhängiger – Eintritt in Rentenstand

DGB-Bezirksfrauenkonferenz / siehe E 01

E 07 / Rücknahme der Rente erst ab 67

IG Metall Thüringen / siehe E 01

E 08 / Renteneintrittsalter – Rentenniveau

DGB-KV Schwalm-Eder / siehe E 01

E 09 / Aufhebung Beitragsbemessungsgrenzen bei der Rentenversicherung

DGB-KV Weimar/Weimarer Land / Material zu E 01

E 10 / Angleichung Renten / Einheitliche Definition der

DGB-KV Weimar/Weimarer Land / Material zu E 01

E 11 / Angleichung Renten Ost

DGB-Bezirksfrauenkonferenz / Material zu E 01

E 12 / Gleiche Rentenpunkte (Entgeltpunkte) für alle Mütter. Anerkennung der Erziehungsleistung von Müttern vor 1992

DGB-KV Schwalm-Eder / Material zu E 01

E 13 / Anpassung der derzeitigen Renten an Pensionen

DGB-KV Limburg-Weilburg / Ablehnung

E 14 / Individuelle Tabellen zur Lebensarbeitszeit

DGB-KV Limburg-Weilburg / Material zu E 01

E 15 / Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen

DGB-KV Odenwaldkreis / Material zu E 01

E 16 / Umsetzung des Programms „Teilhabe durch Arbeit in einem sozialen Arbeitsmarkt“

DGB-KV Gera / Material zu E 01

E 17 / Keine wahllose Vermittlung an Leiharbeitsfirmen durch Jobcenter

DGB-KV Odenwaldkreis / Material zu E 01

E 18 / Zwangsverrentung von Langzeitarbeitslosen

DGB-KV Sömmerda / Weiterleitung an OBK

E 19 / Zwangsverrentung

DGB-KV Gera / siehe E 18

E 20 / Teilhabe- und Bildungspaket: Bürokratisierung abbauen

DGB-KV Waldeck-Frankenberg / Weiterleitung an OBK

E 21 Arbeit & Gesundheit

DGB-Bezirksvorstand Hessen-Thüringen

grundlegender Bestandteil der Arbeit in den maßgeblichen Gremien

E 22 / Verbesserung der Personalbemessung im Gesundheitswesen

DGB-KV Hersfeld-Rotenburg / Weiterleitung an OBK

E 23 / Pflegeeinrichtungen und Arbeitsbedingungen

DGB-KV Schwalm-Eder / siehe E 01

E 24 / Soziale Wohnungspolitik

DGB-Bezirksvorstand Hessen-Thüringen

Der DGB-Bezirk hat die Geschäftsführung im hessischen Wohnraumbündnisses inne. Die soziale Wohnungspolitik ist Thema im Rahmen der strukturpolitischen Aktivitäten (insbesondere: Lobbyarbeit, interne und externe Gremienarbeit, Stellungnahmen, Veranstaltungen).

E 25 / Vereinbarkeit von Familie und Beruf

DGB-Bezirksvorstand Hessen-Thüringen

Der DGB arbeitet in Thüringen und in Hessen in Strukturen des Landes zur besseren Vereinbarkeit mit und bringt die Interessen der Beschäftigten ein.

Antragsblock F

F 01 / F01-F02 / Aktiv gegen Rechts!

DGB-Bezirksvorstand Hessen-Thüringen

erledigt (antirassistische Arbeit findet kontinuierlich auf allen Ebenen des DGB und in Bündnissen statt. Finanzierung von Projekten wie Mobit und NDC wurde sicher gestellt.)

F 02 / „Aktiv gegen Rechtsextremismus“ – Thüringer Landesprogramm gegen Rechts

IG Metall Thüringen

erledigt (DGB hat Bündnisarbeit gegen Rechtsextremismus ausgebaut; Bsp.: „Mitmenschlich in Thüringen“; Forderung nach Weiterentwicklung des Landesprogramms gegen Rechtsextremismus fand Einzug in den „Eckpunkten zur LTW 2014“ des DGB Hessen-Thüringen)

F 03 / F03-F06 / Einwanderung – Integration - Interkulturalität

DGB-Bezirksvorstand Hessen-Thüringen / Weiterleitung an OBK

F 04 / Wahlrecht für alle!

DGB-Jugend Hessen-Thüringen / siehe F 03

F 05 / Wahlrecht für alle!

DGB-KV Kassel / siehe F 03

F 06 / Möglichkeit der Mehrstaatlichkeit

DGB-KV Kassel / siehe F 03

F 07 / Fortschreibung und Verbesserung des Hessischen Gleichberechtigungsgesetzes (HGIG)

DGB-Bezirksfrauenkonferenz

Das Hessische Gleichberechtigungsgesetz wurde überarbeitet und Fortgeschrieben. Nicht alle unsere Forderungen konnten umgesetzt werden. Das Gesetz trat im Dezember 2015 in Kraft.

F 08 / Abschaffung des Ehegattensplittings

DGB-Bezirksfrauenkonferenz / Weiterleitung an OBK

F 09 / Für ein barrierefreies Leben und Inklusion

DGB-KV Schwalm-Eder / Weiterleitung an OBK

F 10 / F10-F11 / Für ein Verbot der NPD und aller faschistischen Parteien und Organisationen

DGB-KV Main-Kinzig / Material an Bezirksvorstand

F 11 / Verbot neofaschistischer Parteien und Gruppierungen

DGB-KV Wartburgkreis-Eisenach / siehe F 10

F 12 / Keine Kooperation zwischen den Schulen und der Bundeswehr

DGB-Jugend Hessen-Thüringen

Der DGB hat sich in den entsprechenden Gremien dafür eingesetzt.

F 13 / Vorerst keine Zusammenarbeit zwischen Bundeswehr und DGB

DGB-KV Jena-Saale Holzlandkreis / Weiterleitung an OBK,

dort Angenommen in geänderter Fassung

F 14 / Medienpolitik

DGB-Bezirksvorstand Hessen-Thüringen

erledigt; der DGB hat sich in den entsprechenden Gremien eingesetzt

F 15 / Euro Hawk Drohnen vs. Krankenpflegepersonal

DGB-Jugend Hessen-Thüringen / Nichtbefassung

I 02 / Flughafen Frankfurt

DGB KV Darmstadt-Dieburg, Groß-Gerau

Der DGB-Bezirk hat einen DGB-internen AK Verkehrspolitik eingerichtet. Weitere Aktivitäten: interne und externe Gremienarbeit, Lobbyarbeit, DGB-Publikation zur Verkehrspolitik, Gemeinsame Erklärung von DGB und VHU, usw.

I 03 / Freihandelsabkommen TTIP

IG Metall

Weiterleitung an OBK; zu diesem Thema wurde der Initiativantrag mit dem Titel „Freihandelsverhandlungen mit den USA aussetzen –

Kein Abkommen zu Lasten von Beschäftigten,

Verbrauchern oder der Umwelt“ angenommen. Durch Annahme dieses Initiativantrags mit der Nummer V001 erledigt.

I 04 / Verfassungsschutz Thüringen

ver.di Thüringen / Stellungnahme des DGB-Bezirks verfasst.

I 05 G8-Proteste 2015

Michael Lemm / IG Metall / Weiterleitung an OBK;

Forderungen an die G8 sind Gegenstand des Antrags U 001 (Titel: Eine gerechte Globalisierung braucht starke Gewerkschaften). Annahme als Material zu Antrag 001.

Antragsblock G

G 01 / G01-G03 / Perspektiven für die DGB-Ortsverbände

DGB-Bezirksvorstand Hessen-Thüringen / Weiterleitung an OBK

G 02 / Aufnahme der Ortsverbände in die Satzung des DGB

DGB-KV Darmstadt-Dieburg / siehe G 01

G 03 / Ortsverbände in der DGB-Satzung aufnehmen

DGB-KV Odenwaldkreis / siehe G 01

G 04 / G04-G05 / Antrag auf Satzungsänderung

DGB-KV Wiesbaden-Rheingau-Taunus / Ablehnung

G 05 / DGB-Satzung

DGB-Jugend Hessen-Thüringen / Weiterleitung an OBK

G 06 / Personelle und finanzielle Absicherung der gewerkschaftlichen Frauenarbeit im Bezirk Hessen-Thüringen

DGB-Bezirksfrauenkonferenz

erledigt (das Themfeld Frauenpolitik wird weiterhin von einer politischen Sekretärin und einer Verwaltungsangestellten betreut und ist mit eigenem Budget versehen)

G 07 / Studierendenarbeit

DGB-Bezirksjugendausschuss / Material für den Bezirksvorstand

G 08 / Stärkeres Engagement für die Europäische Akademie der Arbeit

DGB-Jugend Hessen-Thüringen / Weiterleitung an OBK

G 09 / Arbeit des Europäischen Vereins für Wanderarbeiterfragen (EVW) fortsetzen, Gewerkschaften übernehmen die Finanzierung

DGB-KV Odenwaldkreis / Weiterleitung an OBK

G 10 / G10-G11 / Sitz und Stimme für Seniorinnen und Senioren

DGB-SV Darmstadt / Weiterleitung an OBK - wurde dort abgelehnt

G 11 / Satzungsänderung in § 11, Abschnitt 12 und 16 zur stärkeren Gewichtung und Teilhabe der Senioren im DGB

DGB-KV Greiz / siehe G 10

G 12 / G12-G13 / Ethisches und ökologisches Beschaffungswesen

DGB-KV Werra-Meißner / Weiterleitung an OBK

G 13 / Ethisches und ökologisches Beschaffungswesen

DGB-Jugend Hessen-Thüringen / siehe G 12

G 14 / G14-G15 / Förderung der politischen Bildung durch die Stärkung der Arbeitnehmer-Weiterbildung

DGB-SV Frankfurt am Main / Weiterleitung an OBK

G 15 / Gewerkschaftliche Bildungsarbeit/Bildungsurlaub

DGB-KV Darmstadt-Dieburg / siehe G 14

G 16 / Gewerkschaftshäuser in Gewerkschaftshand

DGB-Jugend Hessen-Thüringen / Material für den Bezirksvorstand

G 17 / Umsetzung von Beschlüssen

DGB-KV Odenwaldkreis / Material für den Bezirksvorstand

G 18 / Mehrheitsbeschluss bei Aktionen

DGB-KV Odenwaldkreis / Material für den Bezirksvorstand

G 19 / Freistellung

DGB-KV Marburg-Biedenkopf / Material für den Bezirksvorstand

G 20 / Protestformen und ziviler Ungehorsam

DGB-Jugend Hessen-Thüringen / Material für den Bezirksvorstand

G 21 / Keine Veranstaltungen im „schwarzen Ochsen“

DGB-Jugend Hessen-Thüringen / Nichtbefassung



